



# Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—

Abnahme  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlegung der  
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

Sozialdemokrat, Prag.  
Bollschcaami 37344.  
Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einsparungen Preisnachlass.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 25. Oktober 1922.

Nr. 251.

## Svehla's Verheißungen.

Der neue Ministerpräsident hat gestern die Erklärung der Regierung vorgetragen. Was er ausführte, kann man kurz dahin zusammenfassen, daß sich darin der Ruck nach rechts, der sich in der Zusammenfassung der Regierung vollzog, deutlich ausdrückt. Die Kapitalisten, sowohl die Herren der Schlote wie jene der Scholle können mit Herrn Svehla zufrieden sein. Der Rebe ist in allen Teilen anzumerken, daß die Vertreter der kapitalistischen Klassen in der Regierung die Herrschenden, die sozialistischen Minister Schattenfiguren geworden sind. Für die Unternehmer aller Grade, Industrielle, Gewerbetreibende und Agrarier hat Herr Svehla, wie das Mädchen aus der Fremde, allerlei Gaben bereit; für die Massen der Arbeiterschaft die Ankündigung von ein paar Reformchen und einige freundliche Redensarten. Freundlich sind die Regierenden zu allen Zeiten gewesen und auch der neue Ministerpräsident fällt nicht aus der Tradition. Das ist aber auch wirklich fast die einzige Konzeption, die der Leiter der Regierung an die in der Koalitionsmehrheit mit robotenden tschechischen Sozialisten zu machen sich anstrengte. Wo die Rede Greifbares enthält, und sich nicht im Nebelhaften und Unverbindlichen ergeht, trägt sie unverfälscht kapitalistischen Charakter. Vor allem hat sich Herr Svehla bemüht, klar zu machen, daß er im Fahrwasser der Großagrarier zu segeln weiß. Das ist ihm restlos gelungen. Man weiß nun, wohin der Kurs geht und wird sich danach einzurichten haben.

Herr Svehla begann seine Rede mit einem Lobgesang auf die „Ruhe und Ordnung“, die erhalten werden müsse, auf die Vorzüge für die Sicherung einer ruhigen Entwicklung der inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und auf die „Autorität“. Und er veräumte nicht, zu drohen, daß die Regierung sich „stark genug fühle“, die Autorität und Ruhe „unter allen Umständen“ aufrechtzuerhalten. Daß der Ministerpräsident den „starken Mann“ gerade in der Zeit zu spielen sich bemüht fühlt, da sich große Massen von Arbeitslosen durch die ihnen auferlegten Entbehrungen an den Rand der Verzweiflung getrieben sehen, das ist die Visitenkarte, die er den kapitalistischen Klassen überreicht. Ruhe und Ordnung „unter allen Umständen“ — Herr Svehla verspricht ein guter Nachtwächter der kapitalistischen Gesellschaft zu sein. Von einer Regierung, in der immerhin noch sieben sozialistische Minister wenigstens Staffage machen, hätte man allerdings erwarten können, daß sie zur Verhütung der hungernden Volksmassen noch andere Mittel übrig hat, als diese unverhüllte Drohung mit der Polizeigewalt.

Folgt man dem Gedankengang des Ministerpräsidenten, so kommt man allerdings darauf, daß er der Meinung ist, die Bevölkerung hätte gar keinen Grund zur Unzufriedenheit, denn eine väterlich gesinnte Regierung sorgt in größtmöglicher Weise für sie. Ueberhaupt sieht Svehla alles rosa in rosa, auch die wirtschaftlichen Verhältnisse: „Wir können mit Befriedigung unseren wirtschaftlichen Stand mit dem anderer Staaten vergleichen“. Eine wirkliche Kenntnis der Verhältnisse im Staate verrät dies nicht. Ehedem wurde den Wiener Regierenden und ihrer Verwaltung der Vorwurf gemacht, daß sie stets nur Wien vor Augen haben, von den Verhältnissen im Lande draußen aber keine Ahnung hätten; es scheint, daß auch die Prager Machthaber nur Prag sehen, nicht aber das namenlose Elend in vielen anderen Teilen des Staates. Sie sehen wohl auch nicht, wie in den Fabrikkästen Schornstein um Schornstein, Esse um Esse erloschen sind, und daß hier die Krise ärger wütet, wie in jedem anderen Staate. Das Vorhandensein einer Wirtschaftskrise gibt der Ministerpräsident wohl zu, doch ihm, dem „starken Mann“, bangt vor ihr nicht. Er findet es sehr leicht, wieder zu einer „frischen wirtschaftlichen Bewegung“ zu kommen. Hören wir ihn an: „Unser Staat verfügt über alle hierzu erforderlichen Voraussetzungen und man muß dieselben nur in zweckmäßiger Weise gebrauchen.“ Da muß man doch wohl fragen, warum

## Die Regierungserklärung.

Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses mit den Erpöses von Svehla, Beneš und Rašín.

Vor vollem Hause, vor dicht gefüllten Logen und stark besetzter Galerie hat sich gestern die neue Regierung der Abgeordnetenkammer vorgestellt. Die Sitzung begann mit dem Nachruf des Präsidenten für die Abgeordneten Jaruba und Pšenička, dessen leerer Platz mit Blumen geschmückt war. Dann leisteten die neuen Abgeordneten Haupt, Slaváček und Pěnkava das Gelöbniß. Die dreiteilige Regierungserklärung, die drei Reden des Ministerpräsidenten Svehla, des Außenministers Beneš und des Finanzministers Rašín, die dann aufeinander folgten, würdigen wir an anderer Stelle. Svehla's Rede ging im riesigen Lärm der ihm ununterbrochen heftig opponierenden Slowaken und auch in den zeitweisen Protestrufen der Kommunisten unter. Dem schwachen Beifall, den die Koalitionsgenossen dem Premier zollten, folgte ein ohrenbetäubender Lärm der nichtdeutschen Opposition, als Beneš die Kanzel betrat. Es dauerte mehrere Minuten, bis er sich in dem Kravall verständlich zu machen — versuchte. Dann hielt Rašín, die Zurufe der Deutschbürgerlichen mit ironischem Lächeln quittierend, sein Referat. Aus der Stipreihe unserer Abgeordneten, von dem Pult des Abgeordneten Benš, aus-

leuchtete der Regierung ein Plakat entgegen:

**Heraus mit der Erweiterung der Unterstützung für Arbeitslose!**

Interessant waren die Verhandlungen der Klubobmannerkonferenz, in der die Vertreter unseres Klubs die bisherige „Pötkä“-Wirtschaft in scharfen Worten geißelten. Ihre Reden und die der übrigen Opposition wirkten: der Antrag des Genossen Dr. Čížek — mit dem wir uns an anderer Stelle beschäftigen — wurde angenommen. Es wird sich nun zeigen, ob sich die unhaltbaren unparlamentarischen Zustände des Parlaments jetzt wirklich bessern werden.

„Zuletzt, doch nicht die letzten unserem Herzen“, seien die Deutschbürgerlichen erwünscht, deren ganz neue „Kampfmethode“ und geradezu imponierte. Man hatte wirklich schwere Mühe, die „Kampfgemeinschaft“ zu finden, da sich von ihr nur die Gelben im Saale befanden. Die Deutschnationalen blieben draußen. Die edlen Falkenkreuzer scheinen die neue Session wirklich mit einem Kampf zu beginnen; wenn auch nicht mit dem angelegten, so doch mit einem Klingentwischel — untereinander.

## Das Erpöse des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Svehla führte unter anderem aus:

„Die politischen und parlamentarischen Verhältnisse unseres Staates haben seit der vorjährigen Herbstsession keine wesentliche Aenderung erfahren. Deshalb verharren wir bei dem Programm, das wir im Namen der Regierung durch den Mund meines Vorgängers am 18. Oktober des vorigen Jahres verkündet worden ist. Eine der in erster Reihe stehenden Aufgaben der Regierung ist die Vorzüge für die Sicherung einer ruhigen Entwicklung der inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Die Regierung wird auf dem Gebiete der inneren Verwaltung darauf sehen, daß die Rechtsordnung, deren Grundlagen

durch die Verfassungsgesetze gelegt worden sind, im Sinne derselben ausgebaut werde, und es werden daher die entsprechenden Gesetzentwürfe ausbreitet werden. Die Reform der öffentlichen Verwaltung wird systematisch durchgeführt werden.

Am 1. Jänner kommenden Jahres wird die Gauerteilung in der Slowakei ins Leben gerufen werden. In Karpathoruhland wird darauf hingearbeitet werden, daß alle Vorbereitungen zur Regelung ihres staatsrechtlichen Verhältnisses nach der Verfassung und im Sinne des Friedensvertrages von Saint-Germain getroffen werden. Deshalb wird die Regierung alle ihre Aufmerksamkeit darauf verwenden, daß die Verwaltung der öffentlichen An-

denn das bisher nicht geschehen ist! Herr Svehla sah doch schon früher als Mitglied der „Pötkä“ so gut wie in der Regierung — warum hat er nicht danach gestrebt, daß diese Voraussetzungen in „zweckmäßiger Weise“ angewendet werden! Sollte am Ende die frühere Regierung und die „Pötkä“ doch Veräumnisse begangen haben?

Der Herr Ministerpräsident beruhigt sich über diese peinliche Frage damit, daß er erklärt, jetzt müsse alles getan werden, um die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu beseitigen. Einige Augenblicke vorher hatte er die Richtlinien unserer Außenpolitik gelobt, von denen er noch immer nicht zugeben will, daß sie durch ihre Unterstützung der französischen Reparationspolitik die Mißschuld an dem Unglück Europas und damit auch dieses Staates trägt. Da Svehla sich für diese Richtlinien so begeistert, kann man sich vorstellen, wie es auch in Hinblick um die Förderung einer „frischen wirtschaftlichen Bewegung“ bestellt sein wird.

Zu den Verheißungen, die der Herr Ministerpräsident macht, gehört auch, daß er versprochen, in den Staatsfinanzen an dem Grundsatze einer „richtigen Wirtschaft“ festzuhalten. Das will er vor allem durch eine „allseitige und ängstliche Sparjamkeit“ erreichen. Vielleicht fanden sich naive Menschen, die dies glauben, wenn man nicht die Großmannsjucht der heutigen Gewaltthaber kennen würde. Die Ersparungskommission ist längst selig im Herrn entschlafen, ohne daß der Staat ihrer Existenz die Ersparnis von fünf Hellern zu danken hätte. Das einzige, was der Ministerpräsident

positiv als Programm der Ersparungsaktion seiner Regierung anzuführen vermag, ist die Herabsetzung des Personalaufwandes des Staates, worunter er die Herabsetzung der Gehälter der Staatsangestellten versteht. Diese soll wohl erst „allmählich“ erfolgen, aber man weiß nun doch, daß Svehla's Regierung sich das „Sparen“ so vorstellt, daß sie den Staatsangestellten ihr ohnehin sehr bescheidenes Einkommen beschneiden will. Weniger engherzig zeigt sie sich gegenüber dem Appetit des Militarismus, denn er gelobt, daß „auch weiter eifrigst an dem organisatorischen, moralischen und materiellen Ausbau der Wehrmacht fortgeföhrt werden wird“. Einschränkung der Staatsangestellten, dafür materieller Ausbau der Wehrmacht, das ist eine Sparjamkeit, die sich schon sehen lassen kann!

Einem gleichen Maßstab bei der Verteilung seiner Gaben folgt Herr Svehla auch sonst. Er will die Steuern ermäßigen. Von der der Bevölkerung auferlegten Last der indirekten Steuern sagte er so gut wie nichts. Hier führt er nur die Ermäßigung der Kohlenabgabe an, die übrigens noch sehr fraglich ist, denn ihr widerspricht, wie jüngst aus Neuzurechnungen zu erhellen war, der Finanzminister, und daß die Ermäßigung gegen den Willen Dr. Rašín's durchgeführt werden könnte, ist kaum anzunehmen. Neben diesem Wechsel auf lange Sicht, weiß Herr Svehla den Pflichten und vor allem den Agrariern hinsichtlich der direkten Steuern weit bestimmtere Zusagen zu machen. Das Gesetz über die staatliche Vermögenszuwachsabgabe weise „viele Härten“ auf — wie mitleidsvoll Herr

gelegentlich auch dort nach den gleichen Grundsätzen wie im ganzen Staate durchgeführt werde.

In der verhältnismäßig kurzen Zeit unseres selbständigen staatlichen Lebens haben wir uns bestimmte und klare Richtlinien unserer Auslands politik geschaffen, die im Einklang mit der Politik unserer Verbündeten auf die Erhaltung des Friedens gemäß den Friedensverträgen und auf ihre Sicherung gegen alle widerstreitenden Versuche hinielen. Der freundschaftliche Zusammenschluß des Staates in der Kleinen Entente ist eine feste Bürgschaft seiner Sicherheit und ermöglicht die Anknüpfung und systematische Verfolgung guter Beziehungen mit den übrigen Staaten, namentlich auf dem wirtschaftlichen Gebiete.

Wir können mit Befriedigung unseren wirtschaftlichen Stand mit den anderer Staaten vergleichen und mit größerer Entschlossenheit uns in die zeitweilige wirtschaftliche Krise fassen, die durch das rasche Ansteigen unserer Valuta herbeigeföhrt worden ist. Und wenn wir auch zugeben, daß auf dieses Ansteigen in einem bestimmten Maße die Spekulation Einfluß gehabt hat, ihre durch die Katastrophe der deutschen Mark erlittenen Verluste wieder hereinzubringen, so finden wir doch, daß der wichtigste Grund der richtigen Bewertung unserer Währung im Auslande die geordneten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse sind, die sich in unserer Handelsbilanz und in der staatlichen Finanzwirtschaft ausdrücken, durch welche dem Auslande gegenüber die Lebensfähigkeit unseres Staates und der beste Wille der staatsbildenden Schichten der Bevölkerung, dem Staate alles zu geben, was er zu seiner Entwicklung und Sicherung braucht, erwiesen worden sind. Trotz aller Folgen, die durch dieses rasche Ansteigen hervorgerufen wurden, darf noch nichts unternommen werden, was die Wiederkehr zur Entwertung der Valuta bedeuten könnte. Unsere Valutapolitik muß dahin zielen, daß unsere Währung auf den ausländischen Märkten nicht zu großen Schwankungen unterworfen sei, daß vielmehr eine angemessene Stabilisierung derselben erreicht werde. Deshalb halten wir in den Staatsfinanzen an dem Grundsatze einer richtigen Wirtschaft fest, gemäß welcher nur so viel ausgegeben wird, als eingenommen wird. Ein Ausdruck dessen ist der Voranschlag für das Jahr 1923, der zwar bisher noch nicht aktiv ist, aber durch die nüchternere Wahrhaftigkeit aller Posten sich dem Gleichgewichte sehr nähert. Wir sind uns dessen bewußt, daß sein Gesamtbetrag für unsere Verhältnisse noch unverhältnismäßig groß ist und daß im weiteren Verlaufe der Zeit wird darauf hingearbeitet werden müssen, eine wesentliche Ermäßigung zu erzielen. Hierzu ist allerdings auch eine allseitige und ängstliche Sparjamkeit nötig. Insofern sich der erhöhte Wert der

Svehla sein kann! — darum sei es nötig, an die „Verbesserung“ des Gesetzes „in der Richtung angemessener materieller Nachlässe zu streifen“. Klipp und klar ausgedrückt, will die „sparjamte“ Regierung den Pflegenden, das sind in diesem Falle Herrn Svehla's agrarische Freunde, ein Geschenk in Form von vielen Millionen durch Nachlass eines Teiles der Vermögenszuwachsabgabe machen. Damit man nicht sage, die Regierung habe für die Arbeiter nichts übrig, beteuerte er, die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke und Natursehäde werde „auch weiterhin“ Gegenstand eines — eifrigen Studiums der Regierung sein. Für die Arbeiter will die Regierung also „studieren“, für die Agrarkapitalisten hat sie Millionenengeldchen in Vorbereitung.

Die Rede Svehla's ist zur Beurteilung des Charakters dieser Regierung lesenswert nicht nur dort, wo sie etwas sagt, sie verdient auch Beachtung in dem, was sie verschweigt. So weiß der Herr Ministerpräsident über die Lösung der nationalen Frage kein Wort zu sagen. Wohl spricht er einmal schüchtern davon, daß es im Staate „noch andere Fragen“ gäbe, aber wie sie beschaffen sind und wie ihre Lösung zu bewirken wäre, darüber gleitet er hinweg. Alles in allem hinterläßt Svehla's Rede den Eindruck, daß auch sein System jenes des Fortwärtstums und Durchstretens sein wird. Die Arbeiterschaft und die Nationen des Staates haben von ihm nichts zu erwarten. Er will nur der Ministerpräsident des Agrarierums sein. In weiterer Folge wird auch das zu Klärung der Verhältnisse im Staate beitragen.

Valuta in dem Sinken der Preise ausgesprochen hat, wurde sie zur Herabsetzung des Voranschlags für den Ausgaben für sachliche Bedürfnisse, insbesondere auch in dem Voranschlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung verwendet und wird auch weiter verwendet werden zur

Herabsetzung des Personalaufwandes,

den unsere staatliche Wirtschaft nicht ertragen kann, sobald sie nur in einem allgemeineren und dauernden Ausmaße zutage treten wird. Dies kann jedoch nur allmählich mit Rücksicht darauf erfolgen, daß die Erziehung der Staatsangestellten und der ihnen Gleichgestellten nicht bedroht werden darf.

Die Freiheit der Preise wird am 1. Dezember 1922 bar ausgegahlt werden. Zugleich wird in kurzer Zeit an die Bezahlung der Kupons von den Vorkriegsrenten geschritten werden. Die Gesamterhebung der staatlichen Ausgaben wird zur Ermäßigung der Steuern verwendet werden, um auch auf diese Weise die Produktionskosten zu verbilligen. Auf dem Gebiete der indirekten Steuern wird es nötig sein, Erleichterungen gleichlautend mit den Erparnissen in den Staatsausgaben durchzuführen, und da wird es vor allem die Kohlenabgabe sein, deren Ermäßigung wesentlich zur Verringerung des Produktionsaufwandes beitragen wird, freilich nur dann, wenn dafür gesorgt sein wird, daß der Nachschub in der Herabsetzung des Kohlenpreises seinen vollen Ausdruck finden wird.

In Hinblick darauf, daß in der Praxis des Gesetzes über die staatliche Vermögenswertabgabe sich viele Härten ergeben, ist es nötig, an die Verbesserung (1) des Gesetzes in der Richtung angemessener und sozial gerechtfertigter milderer Nachlässe zu schreiten.

Eine dringende Forderung ist die Reform des Steuersystems. — Außer diesen Vorschlägen finanziellen Charakters wird die Regierung auch mit weiteren geeigneten Mitteln die Milderung der wirtschaftlichen Krise im Auge behalten und, soweit dies nicht schon geschehen ist, alle in der Erklärung der vorigen Regierung vom 9. September d. J. angekündigten Verfügungen treffen. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, diesen notwendigen wirtschaftlichen Reformen mit besonderer Rücksicht darauf zu verfolgen, daß nicht die wirtschaftlich schwachen Schichten mehr belastet werden als die starken, und ist entschlossen, dies mit allen geeigneten Mitteln hintanzuhalten.

Die unmittelbaren Folgen der Produktionskrise,

die sich in der steigenden Arbeitslosigkeit äußert, wird die Regierung durch Arbeitslosenunterstützung beheben, freilich nur insoweit, als nicht durch Staatsunternehmungen oder durch kommunale Invektionsarbeiten dem Arbeitslosen ein Erwerb verschafft werden können. Die Gewährung von Arbeitslosenunterstützungen kann keine dauernde Einführung werden und es ist möglich, daß mit allen geeigneten Mitteln an der Neuverwertung der vollen Produktionsbewegung gearbeitet werde.

Eine sehr wichtige Aufgabe fällt da dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten zu, auf dem durch rasche Auslösung eines staatlichen Investitionsprogrammes und seine beschleunigte Durchführung zur Linderung der Arbeitslosigkeit beigetragen werden kann. Es werden daher Rohbauten unternommen werden, vor allem in den Gebieten der Republik, die einen größeren Prozentfuß Beschäftigungsmangel, nichtqualifizierter Arbeiter aufweisen; diesen wird auch Erwerbsmöglichkeiten bei den verbleibenden Regulierungen geboten werden. In gleicher Weise wird für die Ausgestaltung unserer Eisen- und Donauhäfen sowie der Freihäfen in den und durch die Friedensverträge zugesprochenen Häfen gesorgt werden. Durch die Förderung der geeigneten Kräfte und der eifrigen Durchführung der systematischen Elektrifizierung werden einerseits die heimischen natürlichen Energiequellen wirtschaftlich, sowie auch weniger wertvolle Kohle ausgenutzt werden und andererseits hierdurch zur Verbilligung der Produktionsenergie beigetragen werden.

Im Zusammenhange damit wird die Frage der Rationalisierung der Bergwerke und der Naturschätze auch weiterhin Gegenstand eines eifrigen Studiums (1) der Regierung sein.

Eine weitere Steigerung der Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande läßt sich von der rationellen Einführung der Normalisierung und Typifikation in Industrie und Gewerbe und von einem wirksamen Ausbau des Prüfungs- und Versuchswesens erwarten.

Die Regierung wird eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung aller Zweige der Produktion unterstützen und hierbei von dem Grundsatz der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion sich leiten lassen. Von diesen Grundsätzen wird unsere Handels-, Zoll- und Transportpolitik geleitet sein, um der auf den Export angewiesenen Industrie die Möglichkeit gegen Abfluss auf den Auslandsmärkten zu verschaffen und zu sichern, allerdings unter der Voraussetzung ihrer vollen Konkurrenzfähigkeit, die jedoch nicht künstlich gesteigert und gestärkt werden kann zum Schaden des heimischen Verbrauches. Damit die industrielle und gewerbliche Produktion nicht zusehr von den veränderlichen Exportverhältnissen abhängig sei, wird nötig sein, die Absatzmöglichkeiten für den inländischen Verbrauch zu erweitern. Die sicherste Grundlage ist daher eine blühende landwirtschaftliche Produktion.

Die Regierung wird demnach alle auf die Vervollständigung der Land- und Forstwirtschaft zielenden Bestrebungen fördern. Sie wird demnach sorgfältige Aufmerksamkeit auch der Unterstützung zweckmäßiger Bestrebungen zur Erhöhung der Pflanz- und Tierproduktion, ebenso auf die beschleunigte Durchführung von Meliorationen sowie auch die allgemeine Ausbildung der landwirtschaftlichen Bevölkerung verwenden. Gesunde Bestrebungen, dahin gehend, daß die Landwirtschaft durch genossenschaftliche Unternehmungen die landwirtschaftliche Industrie ausbauen, werden bei der Regierung immer Verständnis und angemessene Unterstützung finden.

Die Bodenreform

wird im vollen Umfange soweit durchgeführt, daß im heurigen Jahre schon ein stattlicher Ausmaß von landwirtschaftlichem Grund und Boden an die Bevölkerung zur Verteilung gelangt. Die erforderlichen Vorbereitungen (1) für die Verteilung des verbleibenden beschlagnummten Bodens werden bis zum Ende des nächsten Jahres (1) abgeschlossen werden. Hierbei wird im Auge behalten werden, daß die Wünsche der Bodenbesitzer befriedigt und den begründeten Interessen der bisherigen Angestellten auf den beschlagnummten Grundbesitz entsprochen wird. Zu diesem Zwecke ist neben die Durchführungsverordnung zu dem betreffenden Gesetze erlassen worden.

Die Vernehmung der kleinen landwirtschaftlichen Unternehmungen wird eine Regelung der Versicherung gegen Elementarschäden möglich machen. Auch das Genossenschaftswesen wird die Regierung wegen seiner allgemeinen Bedeutung besonders für die wirtschaftlich schwächeren Schichten auf das wirksamste unterstützen. Auch die gewerbliche Unternehmung kann im Genossenschaftswesen ein wirksames Mittel zur Verbesserung seiner Produktions- und Absatzbedingungen und zur Kräftigung seiner Konkurrenzfähigkeit finden.

Auf dem Felde der Sozialpolitik wird durch die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter und der selbständigen kleinen Unternehmer in Landwirtschaft und Gewerbe ein weitreichender Schritt unternommen werden. In der schon längere Zeit mit größter Sorgfalt gepflogenen Aktion werden die betreffenden Vorschläge vorbereitet (1), die der Nationalversammlung noch in dieser Session zur sofortigen Verhandlung werden vorgelegt werden. Hierbei wird die Altersversorgung solcher Personen sichergestellt werden, die wegen hohen Alters in die Alters- und Invalidenversicherung nicht aufgenommen werden können. Unsere Republik wird mit diesem großen sozialen Schritt das ganze bisherige Versicherungssystem, durch welches das Arbeitsrisiko gemindert und beseitigt werden soll, auf die Spitze führen. Es wird dadurch klar bewiesen sein, daß der Staat — und das ist in der Demokratie die Gesamtheit der ganzen Bürgerschaft — vor den schwersten Opfern nicht zurücktritt, um den zu schützen, der arbeitswillig (1) ist und neue Werte für die Menschheit schaffen will.

Es wird auch weiter eifrig an dem organisatorischen, moralischen und materiellen Ausbau der Wehrmacht fortgeschritten werden.

Hierbei wird die Sparsamkeit in jenem Umfange beobachtet werden, der mit den Aufgaben und der Verantwortung der Wehrmacht im Staate vereinbar ist.

Auf dem Gebiete des Schulwesens und der Kultur wird die Regierung in der Durchführung der von der Nationalversammlung bereits beschlossenen Gesetze fortfahren. In der Gegenwart ist die Schule häufig der Mittelpunkt von Meinungs- und sozialen Kämpfen, in denen wir leben. In Erfüllung des Gesetzes, durch welches die Nationalversammlung die Gesetze über Volksschulen ergänzt hat, wird die Regierung dafür sorgen, daß die Schulerziehung zur Liebe zum Vaterlande zu gegenseitiger Verantwortlichkeit, Ehre und Liebe und damit zur Demokratie führe. Darum wird die Regierung die Schule schützen, daß sie nicht durch jene Kämpfe zu leiden habe und ihre Erziehungsaufgabe, aus der den kommenden Generationen der Vorteil erwachsen soll, ausüben könne. Die Schule wird eine Anstalt sein, der alle Bürger ohne Unterschied ihre Kinder in der Ueberzeugung anvertrauen, daß die dort geleistete Arbeit allen zunutze sein wird.

In Erwägung der Sünden des ehemaligen staatlichen Regimes in der Slowakei wird die Regierung auch weiterhin der kulturellen Hebung der Slowakei und Podkarpaten Aus erhöhte Aufmerksamkeit widmen, namentlich durch Schulbauten und durch den Ausbau der sachlichen und höheren Lehranstalten, vor allem der Bratislava-Universität.

Bei Erörterung der bisherigen theoretischen Vorbereitungen, die Klärung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zeigt sich, daß diese Frage — abgesehen von ihrer politischen Wichtigkeit — eine große Aufgabe der Administration bildet. Die Regierung wird Sorge tragen, daß die Lösung der Frage des Verhältnisses des Staates zur Kirche auch nach dieser administrativen Seite gehörig vorbereitet (1) werde. In der Hinsicht, diese Fragen in ihrem ganzen Komplex endgültig zur Lösung zu bringen, bereitet die Regierung die baldigste Vorlage einiger Spezialgesetzentwürfe an die Nationalversammlung vor. An der allgemeinen Vervollständigung der Eisenbahnen wird gearbeitet werden. Die erste Aufgabe ist hier der Ausbau der Eisenbahnen in der Slowakei und Podkarpaten Aus.

Die Eisenbahnverwaltung sieht es für ihre Pflicht an, daß der Transport so durchgeführt

werde, daß an eine angemessene Herabsetzung der Transporttarife und an ihre Regelung mit gehöriger Rücksicht auf die geographische Gestaltung des Staates geschritten werden könne. Es wird auch in dem Bestreben sorgfältig verfolgt werden, daß die Post, Telegraphen-, Telephon- sowie die Automobil- und Flugbeförderung vervollkommen werde. Um nach Möglichkeit an einer Preisherabsetzung beizutragen, wird von der Postverwaltung in den Grenzen der Bedeckung ihrer eigenen Ausgaben eine Herabsetzung der Tarife vorbereitet (1).

Für die vielfältige Fergliederung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens der gegenwärtigen menschlichen Gesellschaft ist die Regelung der Rechtsnormen in einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Art notwendig. Es ist daher insbesondere notwendig, die eheste Beendigung der Reform des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und Ausarbeitung des neuen Strafgesetzes. Beide Arbeiten sind bereits unter hervorragender Mitarbeit der Vertreter der Wissenschaft ziemlich vorgeschritten. In der Slowakei und Podkarpaten Aus hat die Justizverwaltung die Neuorganisation der Vormundschafts- und Kuratoragenda.

Wenn wir auch mit Befriedigung konstatieren können, daß die schwierigen Verhältnisse in der

Ernährung der Bevölkerung

aus der Kriegs- und Nachkriegszeit so gut wie geschwunden sind, so muß trotzdem dem Umstande Aufmerksamkeit gewidmet werden, daß den breitesten Bevölkerungsschichten die notwendigen Lebensbedürfnisse für angemessene Preise in guter Qualität zukommen. Zu diesem Behufe wird die Regierung auf eine systematische Verbilligung der Preise aller Lebensbedürfnisse hinwirken, insbesondere im Detailverkauf an inländischen Märkte unter Mitwirkung der beteiligten Schichten.



Das Erpose des Außenministers.

Minister des Äußeren Dr. Benes beschränkte seinen Bericht auf das „aktuellste Problem“, die Österreichische Frage im Völkerbunde.

Bundeskanzler Dr. Seipel legte ihm danach die Frage vor, ob eine tatsächliche Hilfe seitens des Völkerbundes zu erhoffen sei und was die tschechoslowakische Regierung davon halte, wenn sich Österreich für den Fall, daß von Seiten des Völkerbundes eine Hilfe nicht kommen sollte, an irgend eine Staatsgruppe, an die es angrenze, anlehne bei ihrer Hilfe zu suchen. „Ich habe“, erklärte Dr. Benes, Kanzler Seipel geantwortet, daß ich irgend einen Anschluß Österreichs an welche Staatsgruppe immer, für ausgeschlossen und für den internationalen Frieden für sehr gefährlich halte, daß also ein gegenseitiges Einvernehmen nur auf neutralem internationalem Boden, d. i. dem Völkerbunde, erreicht werden könne. Ich versprach ihm, mich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß der Völkerbund in dieser Frage tatsächlich zu einer konkreten Lösung gelange. Ich habe mich in diesem Sinne auch an alle interessierten alliierten Regierungen gewendet. Mein der österreichischen Regierung gegebenes Versprechen hat die tschechoslowakische Delegation in Genf im vollen Maße erfüllt. In Genf wurde die österreichische Frage in dem einen folgenden Satze zusammengefaßt: Auf welche Weise ist es möglich, Österreich eine internationale Gelbanleihe zu dem Zwecke zu verschaffen, daß es eine gewisse Atempause erhalte, in welcher es die dringenden wirtschaftlichen und finanziellen Reformen durchführen, eine feste Unterlage für sein eigenes wirtschaftliches und finanzielles Leben erreichen und so ein allgemeines Vertrauen zu Hause und außerhalb seiner Grenzen erwerben könne. Politisch bedeutet diese Frage: Wie ist die politische Existenz, die Selbständigkeit, Integrität und Souveränität Österreichs in wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Hinsicht sicherzustellen. In wirtschaftlicher Beziehung bedeutet das, festzustellen, ob bei dem heutigen Stande Österreich wirtschaftlich lebensfähig sei, und finanziell bedeutet dies, eine Grundlage für eine sofortige finanzielle Reform im Innern zu finden. In der Beantwortung dieser Fragen ging Österreich solidarisch mit der Kleinen Entente und mit Polen vor, und da auch der Völkerbund das „eminenteste Interesse“ der Tschechoslowakei an der Erledigung des österreichischen Problems anerkannte, wurde Dr. Benes dem Völkerbundrates zugezogen. Im Völkerbunde handelte es sich vor allem um die Lösung des politischen Problems. Die „Atmosphäre des Vertrauens in die Existenz Österreichs“, die notwendig ist, damit inneres und auswärtiges Kapital dem österreichischen Staate zur Disposition gestellt werde, sollte durch eine eigene Art von Garantievertrag geschaffen werden, für den sich die tschechoslowakische Regierung mit allen Kräften einsetzte. Gestört wurden diese Bemühungen einmal durch die ungarischen Ausstreunungen, daß die Tschechoslowakei und Südslawien Vorbereitungen treffen, um nach Österreich einzufallen, und zweitens durch Nachrichten, die die Staaten der Kleinen Entente gegen Italien verheßen sollten, indem von der Errichtung einer Zollunion und irgend welchen politischen Abmachungen zwischen Italien und Österreich erzählt wurde. Der tschechoslowakischen Delegation in Genf handelte es sich darum, Rastu-

Es wird deshalb eine angemessene Robertisierung der Buchverordnungen vorbereitet.

Die Regierung wird darauf achten, daß die Entwürfe der Gesetze und Verordnungen einheitlich für das ganze Gebiet der Republik geregelt werden, und insbesondere wird es ihr Bestreben sein, die Unifizierung der Arbeiten sowohl auf dem Gebiete der Verwaltung als auch des Gerichtswesens möglichst zu beschleunigen.

Die Regierung hat volles Verständnis für die besonderen Verhältnisse in der Slowakei und Podkarpaten Aus und wird diese daher mit besonderem Augenmerk in dem Bewußtsein berücksichtigen, daß die Mentalität und das Empfinden des seit Jahrhunderten getrennten Volkes eine entsprechende Zeit und Rücksichtnahme erfordert, damit es die Grundsätze der Demokratie richtig erfassen und im Leben verwirklichen könne. Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß es noch andere Aufgaben gibt und geben wird, die das Leben des Staates und des Volkes mit sich bringt und will sie in enger Mitarbeit mit der Nationalversammlung lösen, ohne jemanden hierbei auszuschließen, der ein aufrichtiges Interesse am Staate und dem allgemeinen Volke besitzt. Sie wird dabei gerecht und unboreingekommen gegen alle sein, ohne Unterschied der nationalen, religiösen oder gesellschaftlichen Zugehörigkeit, und wird — während sie selbst streng die Gesetze beachten wird — dies von allen Bürgern verlangen. Sie fühlt sich stark genug, die Autorität und das Interesse des Staates unter allen Umständen zu wahren und die Organe der vollziehenden Macht bei Ausübung ihrer Pflichten zu schützen. Unser junger Staat hat bereits die größten Anfangsschwierigkeiten überwunden und es ist nunmehr notwendig, auf die allseitige Befestigung seiner demokratischen Entwicklung hinzuwirken. Wenn wir hierbei alle voll und genau unsere Pflichten erfüllen werden, können wir ruhig in die Zukunft blicken.

lationen und Legenden solcher Art auf immer ein Ende zu bereiten, sie wollte Österreich und Italien und insbesondere dem Völkerbunde einen Beweis unbedingter Loyalität erbringen. Sie wollte einen Beweis dafür erbringen, daß sie keine gescheiterte Offensivpläne hege und daß sie in Zentraleuropa keine Politik der Rivalität irgend jemandem gegenüber betreibt und betreiben wird. Man kann sagen, daß diese Politik in Genf in vollem Maße triumphiert hat. Das politische Protokoll, welches so zustande kam, schließt einen Riegel dafür vor, daß Österreich von irgend welcher Seite als Objekt irgend welcher Transaktionen angesehen werden könnte, das ihm Ruhe, Sicherheit, Integrität und volle Souveränität gewährleistet.

Das die wirtschaftliche Seite anbelangt, wurde das Augenmerk darauf gerichtet, ob Österreich in seiner jetzigen Form lebensfähig sei. Dr. Benes bekämpft die „Legende“ (1), daß die Friedensverträge für den heutigen Zustand Österreichs verantwortlich sind und daß die Wirtschafts- und Handelspolitik der Sukzessionsstaaten für Österreichs heutige Situation verantwortlich sind. Er will es nicht gelten lassen, daß die Abtrennung der Sukzessionsstaaten Österreich zu dem jetzigen wirtschaftlichen und finanziellen Zustand gebracht haben und daß an ihm zweitens die Nichtdurchführung der Beschlüsse von Portorose die Schuld tragen. Vielmehr seien von den zwanzig Protokollen von Portorose die größte Mehrzahl (!!) bereits durchgeführt, in der Durchführung befanden sich weitere sieben oder acht, nicht durchgeführt sei jenes, das das Zoll- und Tarifregime unter den Sukzessionsstaaten betreffe. Das sei in der Entwicklung der wirtschaftlichen und Handelsverhältnisse in Zentraleuropa während des letzten Jahres durchaus begründet. Zu guter Letzt mußte der österreichische Delegierte selbst konstatieren, daß zwischen Österreich und der Tschechoslowakei, was die Handelsbeziehungen anbelangt, mehr durchgeführt wurde, als die Vereinbarung von Portorose gefordert hat. „Für uns war das wichtig, weil hier auf einem internationalem Forum die Legende beseitigt wurde, als ob wir Österreich oder irgend einen anderen Staat durch unser Regime der Handelspolitik (schädigen würden. Schließlich hat auch der italienische Delegierte die Berechtigung unseres Standpunktes anerkannt, nachdem wir unsererseits betont haben, daß bei uns sowie bei allen übrigen zentral-europäischen Staaten das Regime der gegenseitigen Ausfuhr- und Einfuhrbeihilfen nur ein vorübergehendes ist, und daß wir in kürzester Zeit zu einer Regelung der definitiven Zolltarife und der ihre Grundlagen bildenden definitiven Handelsverträge zwischen allen zentral-europäischen Staaten gelangen müssen, wie dies Italien schon getan hat.“ Bei den Verhandlungen zeigte es sich, daß Österreich wirtschaftlich lebensfähig ist und genug eigene Kräfte besitzt, um seine wirtschaftliche Existenz zu erhalten.

Die österreichische Republik kann leben, wenn sie leben will und sie wird leben. Freilich wurde, was die bisherige Wirtschaft anbelangt, nachgewiesen, daß die bisherige finanzielle Verwaltung der österreichischen Republik veraltet geführt wurde, daß es zu schweren Erschüt-

terungen für den Staat kommen mußte. Man mußte also Wege suchen, damit in Zukunft gut gewirtschaftet werde. Diese Prinzipien der Finanzreform und der internationalen Kontrolle sind in den bekannten Genfer Protokollen niedergelegt. In ihnen handelt es sich darum, die Administrative des Staates in Ordnung zu bringen, d. h. das Beamtenproblem überhaupt zu lösen und speziell die Frage der Eisenbahnen; schließlich hat es sich um die Prüfung des Systems der Exploitation der staatlichen Unternehmungen gehandelt. Es sind dies von innerpolitischen Standpunkte für Österreich äußerst schwere Fragen und es ist notwendig, in dieser Hinsicht unter voller Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse Österreichs vorzugehen. Ich habe deshalb in Genoa darauf aufmerksam gemacht, daß von der gegenwärtigen österreichischen Regierung keine Verfügungen verlangt werden sollen, die aus innerpolitischen Gründen die Regierung nicht durchsetzen könnte, und habe auf den sozialpolitischen Charakter einiger Reformpläne aufmerksam gemacht und die Notwendigkeit betont, auf die verschiedenen sozialen und sozialistischen Strömungen der inneren Politik Österreichs Rücksicht zu nehmen. Es wurde wiederholt betont, es möge auf dieselbe Weise vorgegangen werden wie vor einem Jahre, als die vom Völkerbund entsandte Finanzkommission mit allen Parteien verhandelte. Damals gaben auch alle Parteien ihre Zustimmung zu dem Sanierungsplan, der vom Völkerbund eigentlich erst jetzt verwirklicht worden ist. Es wäre somit zu wünschen, daß auch jetzt den ganzen österreichischen Sanierungsplan alle Schichten der österreichischen Bevölkerung gemeinsam durchführen. In keinem Falle kann ich mir vorstellen, daß jemand, sei es die Regierung oder irgend eine Partei, vor der öffentlichen Meinung die Verantwortung für die Vereitelung der österreichischen Sanierungsaktion übernehmen könnte. Wir haben in dieser Sache nicht nur die Notwendigkeit betont, der österreichischen Regierung ein vernünftiges und allen Parteien zugängliches Vorgehen zu ermöglichen, sondern auch die großen Opfer, welche von Seite der sozialdemokratischen Partei in Österreich verlangt werden. Ich betone dies, weil ich verpflichtet bin, auch unseren sozialistischen Parteien gegenüber unser Vorgehen zu rechtfertigen.

Auch in der Sache der internationalen Kontrolle ist unser Standpunkt über allen egoistischen Bestrebungen gestanden. Sie darf nicht direkt von den die Anleihe garantierenden Staaten durchgeführt werden, die tschechoslowakische Regierung wünscht nicht, einen Kontrollor nach Wien zu entsenden. Ich betonte vom Anfang an die Notwendigkeit der ausschließlichen Kontrolle des Völkerbundes, damit dies sowohl der österreichischen Regierung als allen politischen österreichischen Parteien annehmbar sei. Sobald in Österreich die ersten von dem Herrn Kanzler in Genf verlangten Gesetze abgestimmt mit sein werden" wird Dr. Benes den Gesetzentwurf über die Garantie von 20 Prozent der Anleihe dem Hause vorlegen und eröffnet dessen Annahme, zum Beweise der Bereitschaft der Arbeit des Völkerbundes und zur neuen Betonung unserer Friedens- und Konsolidierungspolitik in Zentraleuropa."

Gegen das Ende seines Exposees berichtete Dr. Benes über die Verhandlungen mit Italien in Venedig, welche den Verhandlungen von Genf folgten. Ueber die Prinzipien der Außenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Politik Zentraleuropas, kam es zwischen ihm und Schanzer zu einer „vollen Übereinstimmung“. Namentlich kamen sie darin überein, allen Lehenden über eine Rivalität und über eine gegensätzliche Politik Italiens und der Tsche-

hoslowakei und der mit diesen verbundenen Staaten ein Ende zu machen und an der Durchführung einer konsequenten Politik des Status quo in Zentraleuropa festzuhalten. Bei ihrer gesamten Arbeit zur Geltendmachung der Genfer Protokolle werden beide

Staaten im gegenseitigen Einvernehmen vorgehen, was „zur Befestigung der Ruhe in Zentraleuropa und zur Erzielung einer guten Harmonie zwischen Italien und uns sowie unseren beiden Verbündeten: Südslawien und Rumänien beitragen wird.“

## Das Exposé des Finanzministers.

Zum Schlusse der Sitzung besprach Finanzminister Masin den eingebrachten Staatsvoranschlag. Einleitend bemerkte er: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Regierungsvorlage des Staatsvoranschlages für das Jahr 1923 zusammengestellt wurde, unterscheiden sich grundlegend von den Verhältnissen vor einem Jahre, wo der Staatsvoranschlag für das laufende Jahr zusammengestellt wurde. Damals standen wir noch unter dem Druck der allgemeinen Teuerung und des niederen Standes unserer Währung. Nunmehr ist in beiden Richtungen eine bedeutende Veränderung eingetreten. Diese Veränderung hätte sich natürlich in den Ziffern unseres Staatsvoranschlages zum Ausdruck bringen sollen. Allerdings konnte dies nicht vollständig gelingen, weil eine große Menge von Ausgaben des Staates durch das Gesetz festgesetzt ist. Trotzdem ist es der Regierung gelungen, überall dort bedeutende Ersparnisse zu erzielen, wo die Preise gesunken sind oder wo sich ein Sinken erwarten läßt.“

Ueber die Staatsangestellten sagte der Minister: „Ich glaube, daß das Mißverhältnis der Personalauslagen des Staates im großen Maße durch das unselige Gesetz betreffend die Durchschnittsrechnung der Dienstjahre verschuldet worden ist, dessen Endziffern in ihren Folgen sich erst im Voranschlage gefährlich erhöhen. Schon die Bestimmungen über die automatische Vorrückung allein würden die Staatsausgaben auf diese Weise erhöhen. Diese Höhe der budgetmäßigen Personalauslagen ist auf die Dauer unhaltbar und kann nur als ein vorübergehender Nachkriegsstand angesehen werden.“

Die Regierung wird sich daher sehr intensiv mit der Reform der öffentlichen Verwaltung in der Richtung ihrer Verbilligung befassen.

In dem vorgelegten Voranschlage befindet sich noch eine Neuerung, nämlich die, daß die Auslagen und Einnahmen der

### staatlichen Unternehmungen

getrennt geführt werden, und die Regierung trägt sich mit dem Gedanken jene Unternehmungen, welche nicht vorwiegend einen administrativen Charakter haben, auf dem geschäftlichen Prinzip zu organisieren, so daß aus ihrer Bilanz ersichtlich wäre, ob sie tatsächlich Betriebsgewinne aufweisen oder nicht.

Nach einer Besprechung der einzelnen Ausgabenposten sagte Masin ein paar Worte über die Einnahmenseite des Voranschlages: „Die Erhöhung der Staatseinkünfte durch neue Steuern ist ein ungangbarer Weg. Eine Erhöhung der bisherigen Steuern ist ebenfalls unmöglich. Im Gegenteil wäre es notwendig, daß die bisherigen Steuern, welche die Produktion belasten, herabgesetzt werden.“

### Ueber das

### Währungsproblem

führte der Minister aus:

„Die erschütterten Währungsverhältnisse in Deutschland nähern sich auch jenem Punkte, in welchem die Währungsinstabilität für die gesamte Industrie und Handel zu einem Hindernisse der Konkurrenz auf den Weltmärkten wird, da bei der niedrigen Bewertung der Valuta die geringste Bewegung prozentuell ausgedrückte schwere Verluste

oder große Gewinne bedeutet. Unser Staat hat von seinem Beginne an eine Politik gemacht, er hat sich nicht der Täuschung hingegeben, daß er mit dem Bedrucken von Papier neue Werte schaffen könne, hat sich gegen die Inflation gewährt. Die Erhöhung des Kronenkurses auf den internationalen Märkten hat zwar die Krise zugespitzt, welche aber aus den Gründen der Währungsgerüttelung der Staaten um uns auch hier wäre oder kommen würde, aber die Entwicklung der Anpassung an die heimische Kaufkraft der Krone zu ihrem internationalen Kurs erfolgt auf eine Art und Weise, die davon zeugt, daß die von allen Parteien, denen der Aufbau unseres jungen Staates am Herzen liegt, geleistete vierjährige Arbeit nicht vergeblich ist. Das allgemeine ungewohnte Interesse an Währungsfragen, das Verständnis der Abhängigkeit der Erzeugung vom Weltmarkt wurde im Laufe der vier Jahre bei allen Schichten der Bevölkerung vertieft und wir können mit Freude konstatieren, daß bei den Arbeiterschichten das Verständnis gewachsen ist, daß es nicht so sehr daran liegt, wieviel Geld jemand bekommt, sondern was er sich dafür kauft, daß der Reallohn, die reale Bezahlung entscheidend ist und keineswegs die Höhe der Ziffer.“

Der bisherige Verlauf der sogenannten Deflationskrise kann bei uns die Hoffnung erwecken, daß die Anpassung möglichst rasch geschehen wird und daß auch in den Kreisen der Staatsbediensteten, welche ja doch nur den Vorgang des festen und ständigen Gehaltes haben, die Neuregelung ihrer Bezüge sachlich ohne demagogische Agitation und stets unter Rücksichtnahme auf die ruhige Entwicklung des Staates in Erwägung gezogen werden wird. Das Sinken der Preise der Lebensbedürfnisse erleichtert allen Schichten der Bevölkerung die Lebensführung. Die hohen Rohlenpreise, welche das größte Demeritis der Erzeugung in anderen Zweigen war, nähert sich einer bedeutenden Herabsetzung. Der Index der Preise im Großen wird wohl bereits in diesem Monate auf eine dem internationalen Kronenkurs und dem Index der Schweiz, dem Lande der Goldwährung, entsprechende Höhe kommen. Auf diese Weise wird eine Verschärfung der Erzeugungskrise durch das Ansteigen der Krone überwunden werden.“

Der Minister schloß folgendermaßen:

„Wir sind uns der großen Schwierigkeiten bewußt, welche unser hartes. Wer aber Vergeleihe zieht und nicht rasch vergißt, muß zu der Überzeugung kommen, daß die Konsolidierung aller Verhältnisse bei uns Fortschritte macht, es schwindet die Ausnützung der Ungebild und Unzufriedenheit der Bevölkerung, so daß sich uns die Möglichkeit erschließt, daß wir mit größerer Ruhe, als dies in den bewegten Zeiten der abgelaufenen Jahre möglich war, an den größeren Plänen unserer künftigen Finanzwirtschaft arbeiten können. Wir werden auch jetzt nicht herumexperimentieren, wir werden uns nicht nach dem Beifalle jener richten, welche beschnitten sein wollen, und auch nicht nach dem Geschrei jener, denen die Existenz der konsolidierten Republik unlieb ist. Wir wollen uns nur an das Urteil jener halten, von denen wir überzeugt sind, daß auch für sie der Grundsatz gilt: Salus rei publicae suprema lex esto.“ (Das Wohl des Staates soll das oberste Gesetz sein.)

## Der Verlauf der Sitzung.

Die Sitzung wurde vom Präsidenten Tomasek um 11 Uhr 20 Minuten eröffnet. Zunächst stellte der Präsident dem Hause die Mitglieder der neuen Regierung vor; dann widmete er dem verstorbenen Abgeordneten Josef Benicka (tschech. Nat. Soz.) und Milo Jaruba (tschech. Agrarier) einige Worte des Gedenkens, welche vom ganzen Hause liegend angehört wurden. Nachdem die neuen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, nämlich Abg. Haupt (tschech. Agrarier), Abg. Penkova (tschech. Nat. Soz.) und Abg. Slavacek (gew. tschech. Nat. Soz.) ihr Gelübde in die Hand des Präsidenten abgelegt hatten und eine Zuschrift des Abg. Brauer überlesen worden war, die besagte, daß er aus dem Klub der slowakischen Abgeordneten ausgetreten sei, begab sich der Ministerpräsident Svobla zur Rednertribüne, um sein Exposé dem Hause vorzulegen, dann Benes und Masin.

Auf Grund eines Antrages der Abg. Johannis, Stanek, Dr. Rosel, Dr. Kulavsky und Gen. wurde vereinbart, in der heutigen Sitzung die Debatte über alle drei Exposees gemeinsam zu eröffnen. Darauf — um halb zwei Uhr — wurde die Sitzung geschlossen.

Die heutige Sitzung beginnt um zehn Uhr vormittags.

## Die Klubobmannerkonferenz.

Vor der Sitzung des Abgeordnetenhauses fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Tomasek eine Klubobmannerkonferenz statt, in der Ministerpräsident Svobla mitteilte, daß die Regierung eine Erklärung in drei Teilen abgeben werde, daß die Reden des Ministerpräsidenten, des Ministers des Inneren und des Finanzministers als ein Ganzes zu betrachten sind, weshalb es sich empfiehlt, die Debatte über die drei Erklärungen zu verbinden, die in dieser Woche zu Ende geführt werden soll. — Genosse Dr. Czoch richtete an die Regierung die Anfrage, inwieweit sie bereits Vorlagen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise vorbereitet hat und ob sie, da sich die Krise inzwischen verschärft hat, auch Vorlagen vorbereitet, die über die feinerzeitige Bekämpfung der Regierung hinausreichen. Es ist selbstverständlich, daß das erste Wort im Parlament der Wirtschaftskrise gewidmet werden muß. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten bringt eine dringliche Interpellation, betreffend die Wirtschaftskrise, ein. Sodann wendete sich Genosse Dr. Czoch gegen die bisherigen Arbeitsmethoden der Majorität. Es ist ganz unerträglich, daß wieder in jener unwürdigen Hast die Arbeiten erledigt werden und daß die Minderheit weiter so behandelt wird, wie das in der Zeit des Regimes der Pilsa geschah. Obwohl wir die Verantwortung für die Führung des Hauses auf die Mehrheit abwälzen müssen, wollen wir doch durch eine parlamentarische Einrichtung unsere Stimme zu Gehör bringen können. Entweder müßte die Klubobmannerkonferenz gründlich reorganisiert oder eine andere Einrichtung geschaffen werden, um eine dauernde Verbindung zwischen den Mehrheitsparteien und der Opposition herzustellen. Dr. Czoch stellte den Antrag, daß eine kleine Kommission eingesetzt werde, die bezügliche Vorschläge ausarbeiten soll. — Abg. Kreibich (Kommunist) wiederholt ungefähr die Ausführungen des Genossen Dr. Czoch. Immer wieder beruft er sich darauf, es müsse verhindert werden, daß die Demokratie und das Parlament diskreditiert werden. — Abg. Senirsch (d. nat. soz.) verlangt, daß Kreibich seine tschechische Rede seinen deutschen Kollegen übersetze. — Abg. Dr. Meißner (tschech. soz.-dem.) kündigt ebenfalls eine Interpellation über die Wirtschaftskrise an und erklärt für seine Person, daß ihm die Anregungen Dr. Czochs bezüglich der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Mehrheit und Minderheit sympathisch sind. — Nachdem noch Abg. Salen (Komm.) gespro-

## Das Herz.

Von Gottfried Köwlel.

In der Zeit der schrecklichen Teuerung, die dürr wie der Tod durch die Häuser der Armen schlich und herzlos grünte, wenn das Brot dahin geschwunden und die Reststücke bis ins tiefste Gefäß ausgeschöpft war, verließen die Leute am Abend die Häuser, den leeren Korb am Arm, und sammelten sich noch vor dem Laden des Pferde-schlächters; nicht etwa, um noch am selben Tag mit gefüllten Körben heimzugehen; manche hatten Schenkel, manche Ristchen bei sich; viele lechzten sich auf die Randsteine der Häuser, oder auf den glatten Gehsteig.

Hier kauerten sie noch, als bereits die Gaslaternen aufhingen; gegen Mitternacht stüpten sie die müden Häupter in die Hände, und wenn reichere Leute aus Konzerten, Theatern, Gaststätten und Cafés heimkehrten, schlug aus manchen Augen des Anwesens ein giftiger Blis. Der Laternenmännchen kam und hüllte mit seiner langen Stange alles in Finsternis. Nun tauchten nur noch die Besen der Straßenkehrer auf dem nahen, großen Platz, der Spritzenwagen holperte über das Pflaster und manchmal floh eine Staubwolke mitten unter die Wartenden. Die meisten blieben unempfindlich dagegen, nur manche stundten aus den andern auf die Kleider und Schuhe ohne daß die Täter dies wollten, noch die Betroffenen es merkten.

Alle verband eine große Müdigkeit; arbeitslose Männer hatten den ganzen Tag vergeblich nach Einstellung gesucht; Frauen sich über vier

und fünf Stiegen auf- und abgehend, um für Mann und Kinder nur das Notwendigste im Suppentopf zu sammeln; alte Leute, ohnehin vom Joch des Lebens gekrümmt, kauerten darunter, selbst Kinder, denen die Glieder unter zerfetzten Kleidern schliefen. Grauer Nebel schlich langsam in die Straße, umspann den Menschenhaufen von allen Seiten, und verdichtete sich so sehr, daß er stant vor Feuchtheit.

Als am Morgen die Milchweiber kurrten und die ersten Tramkähnen rauschten, rieben sich die müd Erwachten den Schlaf aus den Augen und kauchten vor sich hin, als wollten sie den Nebel auf die Seite blasen. Wieder redten und beklagten sich in die dämmerige Heiße, Minder gähnten.

Aber die Türe des Mehaerladers flarrte, den Eingang verwehrend, noch immer zwischen den Pfosten. Nicht einmal ein Geräusch, daß auf Menschen hätte schliefen lassen, reate sich hinter der Tür.

Drei Stunden beklagten sich noch bis zu jenem Augenblick, da die Einäugige an allen Geschäften raffen und auch die Pferde-schlächtere sich öffnen sollte.

Anzwischen huschten von allen Richtungen noch Menschen herbei und schlossen sich an die Reihe. So wuchs diese, wuchs immer wieder, schrecklich lang, zu einem schwarzen humartigen Riesenhaufen, wovon jene, die schon die ganze Nacht gewartet hatten, den Kopf bühelten. Allmählich wich der Nebel. Menschen, die zu den Arbeitsstätten eilten, sahen, wie das Angehener sich immer schärfer aus dem Grau rih.

Schon mischten sich einige Droschken in den Morgen und brachten hellgekleidete Herren und

Damen in Seidenmänteln zu den Sägen, die hinaus eilten in den aufblauenden Tag.

Der harte Sturm wartete immer noch. Nur mit dem Unterschiede, daß die meisten standen, weil ihnen der Körper vom Regen und Eizen eingestarrt war.

Eine nahe Turmuhr schlug.

Nach eine Stunde.

Im selben Augenblick trat ein Schuhmann vor den Eingang des Ladens, sagte „Guten Morgen“ zu jenen, die ganz vorne standen, und beharrte in nachdenklichem Schwelgen. Seine Augen, fast immer zu Boden gerichtet, flarrten, als wollten sie die Steine aus dem Pflaster reißen. Am Geiste sah der Schuhmann schwarze Erde darunter, dachte an Spaten und Saat: Kartoffeln und Rüben säckelten vor seinen Blicken.

Selbst in bescheidensten Verhältnissen groß geworden, hatte er Hungertage erlebt, in denen seine Rehle einzubrechen drohte. Wohl bedrängten ihn, seit ihn die Stadt in den Polizeidienst aufzunehmen hatte, nicht mehr die allerniedrigsten Sorgen, aber immerhin lebte er mit seinem Weib und seinen drei Kindern niemals zwischen Pochschmählern. Auch, wenn ihm plötzlich ein Los oder eine große Erbschaft zuefallen wäre, hätte er kaum danach verlangt. Es war ihm stets fürchtbar gewesen, wenn er einen perlumpfen Dieb verhaften mußte, denn er konnte sich des Gedankens nicht erwehren, der Dieb habe nur gestohlen, weil ihn die Not dazu trieb.

Gestern hatte der Schuhmann in jener Straße Dienst getan, wo nur Menschen in elegantesten Kleidern zu sehen waren, wo die blauen Droschken glänzten und selbst die Rutscher mit allen Knöpfen funkelten.

Nun er wieder dastand vor dem Eingang zur Pferde-schlächtere und all die verwelkten und ver-schlafenen Gesichter, all die dünnen, gebückten Körper und die schlaffen Glieder sah, erachte ihn der Wunsch, einer jener Reichen zu sein; die Aufsicht wollte er verkaufen und die Pferde, in den einfachsten Kleidern gehen, nicht mehr als die Armen essen und alles übrige versteilen.

Was aber hatten seine Träume? Er werde immer nur ein Schuhmann bleiben, dachte er, und die Welt wird ewig ungleich sein!

Eine heiße Welle stieg in ihm auf, erfüllte ihn, und seine Augen glühten. Dabei kam es, daß ihn verschiedene der Armen, welche ihn genau betrachteten, um sich die Stunden zu verkürzen, für einen jener Schmeichele hielten, die nie Schicksal und voll strenger Stimme sind.

Die Turmuhr hatte schon dreiviertel geschlagen, ein Fieber durchdrang den schwarzen Sonnen-wurm, bald müsse es acht Uhr sein und die starrte Tür der Pferde-schlächtere sich öffnen.

Blötzlich Stille ebnete sich, als im Laden Geräusche laut wurden.

Die Turmuhr schlug acht.

„Endlich!“ senkte es von Mund zu Mund und alle Köpfe nickeren.

Aber da trat der Pferde-schlächter, ein bieder Mann mit rotarbigem Gesicht, eine weiße, blut-befleckte Schürze vorgebunden, aus der Tür und gab bekannt, daß nur elfliche Pfund zum Verkaufe bereit stehen, die er von einem anderen Schlächter erhalten habe; ihm selber sei es nicht möglich gewesen, irgendwo ein Pferd auszureiben.

Sturm brach los. Jeder wollte zuerst durch die offene Türe. Alle hechten, drängten. Der Schuhmann bat, um Ordnung, rief, schrie, befohl.

chen hatte, erklärt der Ministerpräsident, daß an den im Regierungsauftrag angeforderten Gesetzesvorlagen bereits gearbeitet wird, zum Teil sind sie schon fertig gestellt. Auch er erklärt, der Antrag des Abg. Dr. Czech (tschechisch) gegenüberzustehen. — Abg. Dr. Kaffa (deutsch) verhöhnt Kreibich, der nun — im Gegensatz zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses — als Wähler der parlamentarischen Rechte auftritt.

Die Obmannkonferenz wurde nach der Hausung fortgesetzt. Nach den Abg. Jablonich (ung. dt.-s.) und Kutsch sprach Genosse Czermak, der auf die Notwendigkeit hinwies, parlamentarische Einrichtungen zu treffen, die verhindern, daß die Oppositionsparteien fortwährend vor fertige Tatsachen gestellt werden. Statt der Welta regiert jetzt ein Zwanziger-Ausschuß, dem auch Nichtmitglieder des Abgeordnetenhauses angehören. Dieses Parlament im Parlamente hat eine eigene Presseabteilung und einen eigenen Beamten. Durch diesen unerträglichen Zustand wird der Parlamentarismus überhaupt aufgehoben. — Es sprach dann noch die Abgeordnete Dr. Spina (d. Agr.), Böhr (d. dt.), Kreibich, Dr. Weisner und Bobol (slow. Volksp.). — Nach dem Schlusssatz des Präsidenten Tomadek wurde der Antrag des Genossen Dr. Czech angenommen und eine sechsgliedrige Kommission eingesetzt, die sich mit dem parlamentarischen Vertriebe zwischen Mehrheit und Minderheit befaßt soll.

**Aus dem Immunitätsausschuß.**

Gestern hielt der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Döhl seine erste Sitzung im neuen Sessionsabstimmungsab. Der Vorsitzende hielt es für notwendig, gleich zu Beginn der Sitzung eine Erklärung abzugeben, welche ein berechtigter Ausdruck dafür ist, daß er seine Funktion als Vorsitzender des Immunitätsausschusses ausschließlich von seinem engstirnigen nationalen Standpunkte aus ausüben will. Er erklärte, daß die Minderheiten im Immunitätsausschuß dadurch entstanden, weil die Referate der Mitglieder jenes Klubs zugewiesen werden, dem jener Abgeordnete, um dessen Immunitätsfrage es sich handelt, angehört; insbesondere sei die im Immunitätsausschuß eingetragene Praxis in der Sprachenfrage eine arge Behinderung in der Erledigung der Geschäfte. Er werde dahin von seiner Nachbegründung als Vorkämpfer Gebrauch machen und von der bisherigen Übung bei Zuweisung der Immunitätsangelegenheiten abgehen und sie nach seinem Gutdünken zuweisen. Abgeordneter Genosse Dr. Haas trat den Ausführungen des Vorsitzenden auf das Schärfe entgegen und vermahnte sich dagegen, daß die Abgeordneten und insbesondere die deutschen Abgeordneten der absichtlichen Verschleppung der Immunitätsangelegenheiten begünstigt werden. Er werde in schlagender Weise, daß die „Welta“ an der Verschleppung der Erledigung der Schriftstücke schuldtragend ist, weil bis zum heutigen Tage die Frage des Vorsitzes im Immunitätsausschuß nicht geregelt und der Stellvertreter des eigentlichen Vorsitzenden Abgeordneter Döhl über Weisung der „Welta“ monatelang keine Sitzung einberufen hat; wenn eine Sitzung einmal in einer Zeit stattfand, so wurden gerade die Immunitätsfälle deutscher Abgeordneter, obgleich das Referat erstattet wurde, vor der Abstimmung von der Tagesordnung abgesetzt, weil sich die „Welta“ nicht einig war, ob man im Sinne der Verfassung die Immunität der deutschen Abgeordneten für ihre politische Betätigung wahrnehmen oder preisgeben sollte. Abgeordneter Döhl versuchte es, da er die sachlichen Argumente nicht widerlegen konnte, mit einer Anklage gegen die „Staatsgesetzliche“ der deutschen Abgeordneten, die einem blutdürstigen Staatsanwalt alle Ehre gemacht hätte. Abgeordneter Genosse Dr. Haas wies diese Art des Vorgehens des Vorsitzenden im Immunitätsausschuß in energischer Weise zurück. Vor diesem energischen Auftreten, welches neben den deutschen Mitgliedern des Immunitätsausschusses auch andere

Mitglieder schwankend machte, wich Abgeordneter Döhl schließlich zurück, obwohl er vorher erklärt hatte, seine Demission zu geben, falls sein Vordaben von der Majorität des Ausschusses nicht zurückgewiesen wird. Es bleibt daher bei der bisherigen Übung in der Art der Zuweisung der Referate über die einzelnen Immunitätsfälle.

Aus dem Gesundheitsausschuß vom 23. d. des Abgeordnetenhauses. Der Gesundheitsausschuß beschloß sich in seiner Sitzung vom 23. d. M. mit dem Ergebnis der Exkursionen und beschloß den Bericht über die Reise in Druck zu geben und den Mitgliedern der beiden Ausschüsse und den Ministerien zur Verfügung zu stellen. Ueber Antrag des Genossen Taub haben sich die Vorsitzenden beider Ausschüsse mit dem Präsidenten beider Häuser dahin im Einvernehmen zu setzen, daß eine gemeinsame Sitzung des Gesundheits- und Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses und des Senates tagt, in welcher der Bericht über die Reise erstattet und Beschlüsse darüber gefaßt werden sollen, welche unausschiebbaren Arbeiten noch im Jahre 1923 in das Budget aufgenommen werden sollen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

**Aus dem Senat.**

Die Eröffnungssitzung verlief ganz ruhig. Es war auffällig bemerkbar, mit welcher inneren Gleichgültigkeit der Ministerpräsident und der Außenminister die nichtslagenden Phrasen ihrer Rede wiederholten. Die deutschen Sozialdemokraten ließen es sich nicht nehmen, durch Zwischenrufe die leere Phrasenhaftigkeit der Rede Schwelias zu charakterisieren. Während der Rede des Dr. Benesch machte der oppositionelle Slowak Dr. Kovalik heftige Zwischenrufe. Zu einem förmlichen Dialog mit Benesch kam es, als der sonderbare Oppositionsmann ausrief: Wir geben von der Jaworina nicht ein Stückchen Erde weg, worauf Dr. Benesch die immerhin amüsante Bemerkung machte: Im vorigen Jahre kam Hlinka zu mir und verlangte, daß die Jaworina den Polen übergeben werde. Das Finanzexperte Raschins fand eine aufmerksame und interessierte Zuhörerschaft, da es immerhin eine sachliche Darstellung der unheimlichen Finanzpolitik darstellte, was gegenüber den leeren, von „demokratischem“ Schwag erfüllten Worten der Vordröner wohlwollig abfiel. Daraus wurde über den von der deutschen Sozialdemokratie und von der Regierungsparteien eingebrachten Antrag auf Eröffnung der Debatte abgestimmt. Mit der Annahme eines Gesetzentwurfes auf Einführung des metrischen Maßes in der Slowakei und der Annahme eines Antrages, wonach der Aufdruck der Jahreszahl des Erscheinens auf den Lehrbüchern verlangt wird, ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 7. November um 4 Uhr nachmittags statt.

**Klubobmannkonferenz im Senat.**

Präsident Braek stellt den neu ernannten Ministerpräsidenten vor und knüpft daran das Ersuchen, den Arbeiten des Senates mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden und insbesondere zu vermeiden, daß der Senat regelmäßig vor vollzogene Tatsachen gestellt werde. Der Ministerpräsident hebt hervor, daß er ein Anhänger des Zweikammersystems sei und als solcher die Stellung des Senates zu würdigen wisse. — Genosse Dr. Keller führt aus, daß sich bisher die Tradition dahin entwickelt hat, daß der Senat regelmäßig am Schluß einer jeden Session vor die Zwangslage gestellt werde, Gesetze, welche für die Bevölkerung von größter Wichtigkeit sind, in kürzester Zeit durchzuführen zu müssen. Er verlangt ferner, daß auch der Opposition die Möglichkeit einer sachlichen Mitarbeit gegeben werde, was bisher nicht der Fall war und vertreibt in diesem Zusammenhange

Nun drohte die Gefahr: die Menne wird durch die Straßen toben, Fenster zertrümmern, Türen zerhackern, Menschen überfallen.

Näh voran der Pflichtebante im Schutzmänn auf: Telefonieren! Hilfe rufen!

Soldaten jedoch, die er im Geiste sah, erschreckten ihn: Bajonette blühten, Äußerungen vor den Häufen bereit. Er sah schon Tote auf die Straße hinausstreckt.

In äußerster Verwirrung reckte er die Hände zum Himmel, Tränen brochen aus seinen Augen.

Wenn er säumen werde, seine Pflicht zu tun: Man wird ihn verurteilen, des Amtes entsetzen, eine Frau, seine Kinder werden huntern, ebenso wie alle jene, die er noch immer lobend vor sich sah.

Selbst helfen! Allein! — Ichien ihm die einzige Rettung.

Und er stürzte, ein Däwe, mitten in den Haufen, warf einige zur Seite und zog den Säbel. Nur um abzuschrecken.

Da steuerte sich das Toben der Menne zur Mäherel. Schon spürte er Häufel ringum, Schläge donnerten auf ihn.

Blühlich schwang er den Säbel im Kreis, mit furchtbarer Kraft riß Raum auf um sich und stieß sich die Worbisse in das eigene Herz.

Nach eine kurze Weile stand er aufrecht, mit schalenden Augen. Seine Hände versuchten die Kleider zu öffnen und seine Finger krallten, als wollte er sein Herz herausreißen, um es unter die Menne zu schleudern.

Aber ehe er noch die Beste aus den Knöpfen zerretzte, brach er tot zusammen.

auch auf die sprachlichen Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben, daß nur in tschechischer Sprache verhandelt und berichtet werde. Dieses mache die Mitarbeit der deutschen Senatoren, welche die tschechische Sprache entweder überhaupt nicht oder nicht zureichend beherrschen, unmöglich. Er verlangt, daß die Fiktion des Nationalstaates aufgegeben werde, und daß den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend die Sprachenfrage in einer alle Völker befriedigenden Weise geregelt werde. Daraus sprachen die Senatoren Jelinek, Zuleger und Dr. Kowalk in ähnlichem Sinne, worauf der Ministerpräsident, ohne auf die Beschwörungen in sprachlicher Hinsicht mit einem Worte einzugehen, nochmals wiederholte, er wolle alles tun, um das Zusammenarbeiten der beiden Kammern zu erleichtern. — Hierauf wurde beschlossen, daß die Debatte über die Regierungserklärungen am 7. November 1922 beginnen sollen. Ueber Verlangen des Genossen Dr. Keller wurde ferner beschlossen, gleichzeitig mit der Debatte über die Regierungserklärungen auch die Debatte über die von den deutschen Sozialdemokraten überreichte dringliche Interpellation betreffend die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit abzuführen.

**Zur Vinderung der Not der Arbeitslosen.**

In der gestrigen Sitzung des Senates haben die Senatoren Dr. Keller, Jarosim und Genossen an die Gesamtregierung und insbesondere an den Herrn Minister für soziale Fürsorge folgende, die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit betreffende Anfrage gestellt:

Derwogersuchen durch die verschiedenen Umstände, deren Ursachen teils innerhalb, teils außerhalb der Grenzen dieses Staates liegen, ist über die Tschechoslowakische Republik eine furchtbare Wirtschaftskrise hereingebrochen. Von dieser Krise wird vor allen die Arbeiterschaft betroffen. Zahllose Betriebe sind eingestellt, viele arbeiten zwei, drei oder vier Tage in der Woche. Hunderttausende Arbeiter aller Berufs leiden unter diesen Verhältnissen; die Not der betroffenen Arbeiter ist eine entsetzliche.

Die frühere Regierung hat zwar Maßnahmen verprochen, bisher hat aber die derzeitige Regierung nichts getan; auch reicht das, was in der bekannten Rundgebung an die Bürger „enthalten ist“, bei weitem nicht hin. Ersucht von der tiefen Sorge um das Schicksal der Arbeiterschaft, stellen wir an die Gesamtregierung die dringliche Anfrage:

1. Ist die Regierung bereit, sofort Maßnahmen, und zwar soweit dies möglich ist, im Verordnungswege, soweit dies nicht möglich ist, im Wege der Gesetzgebung zu treffen, welche geeignet sind, der No der Arbeitslosen oder verlorzt Arbeitenden zu steuern?
2. Welche Maßnahmen bereitet die Regierung vor, um Arbeit zu schaffen und so die Folgen der Wirtschaftskrise zu mildern?

**Inland.**

Zur Parlamentseröffnung sagt das „Pravo Lidu“ u. a.: „Das Wort hat der Ministerpräsident Svehla, der im Abgeordnetenshaus eine umfangreiche Erklärung der Regierung verlesen wird. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß diese nicht allgemeine Phrasen und Wünsche enthalten wird, aber ehrliche und bestimmte Verpflichtungen und daß in diesem Expose der feste Wille, unseren Staat aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation zu befreien, betont werden wird. Worte wurden schon genug gesprochen, viel Papier wurde beschrieben und bedruckt und es halb warten wir nun auf Taten! Diese müssen kommen.“ Wollen wir hoffen, daß das „Pravo Lidu“ nicht umsonst wartet. — Das kommunistische „Rude Pravo“ sagt, daß das Parlament eine Leichenkammer sei. Warum da die Kommunisten eine Einberufung gefordert haben? — Das „Ceste Slovo“ ist sehr optimistisch gestimmt und freut sich der inneren Festigung der Koalition. Gegenüber der Opposition müßte eine tüchtige Ruhe bewahrt werden, das wäre die einzig mögliche männliche Antwort der Regierungsparteien auf alle Angriffe und Beleidigungen der Minderheit. Ja, die Herren von der Koalition sind sehr feinsühlend. Die amtliche „Republika“ freut sich, daß es nach vorwärts geht und daß sich die Zusammenarbeit der Konzentrationsparteien, so bewähre. Svehla werde am Wege Benesch's weiterschreiten. Auch dieses Blatt betrachtet das Wirken der Opposition mit Ruhe. Ja, der Himmel der Koalition hängt voller Segen...

**Kampfmethode der deutschnationalen Dunkelkammer.** Die erhöhte Kampftätigkeit, welche die Deutschnationalen und die Deutschgelben in der letzten Zeit in die Weltposaune haben, hat sich gestern im Parlament widerspiegelt in irgendwelchen — Dunkelkammern abgespielt. Denn im Hause selbst war nicht ein einziger dieser deutschen Aiden zu sehen. Nur die Gelben hatten zwei oder drei Fortposten aufgestellt, die aber nichts rechtliches mit sich selbst anzufangen wußten. Die übrigen „Helden“ glaubten wohl, durch ihr ostentatives Fernbleiben den Parteien im Hause gewaltig zu imponieren. Sie können aber ruhig die Versicherung entgegennehmen, daß sie von niemandem vermisst worden sind.

Sie strekten weiter. Obzwar das „Rude Pravo“ behauptete, daß der Kampf unter den Kommunisten beendet sei, fährt das Prohnie der Oppositionsblatt fort, Smeral anzugreifen. Ueber den Abg. Burian, der nach Prohnie kam, um Smeral zu verteidigen, schreibt das Blatt u. a.:

„Wenn er auch die furchterlichsten Schreckbilder der gebrochenen Disziplin zeichnete, seine Worte praktien wirkungslos ab wie an eine Wand geworfene Erbsen... Die Bedanterie und Leberheit traten in jenem grundlos arrangierten Ausschluß der Opposition klar hervor.“ Das Blatt veröffentlicht weitere Proteste oppositioneller Organisationen, unter anderem auch die Entschliebung der Organisation von Radwanik, in der Smerals Vorgehen als schändliche Handlungswiese gebraucht wird. Das „Rude Pravo“ hatte also nicht recht, als es vom Ende des Kampfes sprach. Das Organ Sturcens, die „Straz Lidu“, teilt mit, daß die Opposition auch in Reichenberg Anhänger habe, und prophezeit das baldige politische Ende Kreibichs mit folgenden Worten: „In den sozialpolitischen Wellen wird sich in Wälde der politische Leichnam des Reichenberger Reander wiegen, wenn der bis in die Ohren in die opportunistische Hero verlebte Kreibich nicht zur Verunft kommt.“ Interessant ist auch, daß die kommunistische Sozialorganisation von Rojetein zwei Anhänger Smerals ausgeschlossen hat. Es schließen also die Angeschlossenen aus...

**Beschwerden aus Karpathenland.** Die „Budapester Korrespondenz“ weiß über eine Eingabe von aus Karpathenland ausgewanderten ruthenischen Intellektuellen zu berichten, die an den Völkerverbund gerichtet und nun dem Prager Außenministerium zur Beantwortung übergeben worden sein soll. Die in der Denkschrift angeführten Tatsachen werfen, wenn sie der Wirklichkeit entsprechen, auf die tschechische Verwaltung in Karpathenland und auf die Geschichte der Erwerbung dieses Landes das denkbar schlimmste Licht und lassen die Zustände dort noch barbarischer erscheinen, als es die Öffentlichkeit ohnehin weiß. Der Korrespondenzbericht besagt:

Vom Generalsekretariat des Völkerverbundes ist dieser Tage im tschechischen Ministerium des Auswärtigen eine Zuschrift betreffend die Lage im Ruthenengebiet eingelangt. Gemäß den bestehenden Bestimmungen ist die tschechische Regierung verpflichtet, diese Zuschrift binnen dreier Monate zu beantworten. Der Völkerverbund hat nämlich in seiner Sitzung vom 29. November 1920 auf Antrag Italiens beschlossen, daß der Generalsekretär des Völkerverbundes alle jene ausfallenden Daten zu sammeln und seinerzeit dem Völkerverbund zu unterbreiten hat, die sich auf die Organisation des südlich der Karpaten gelegenen Ruthenengebietes als einer innerhalb des tschechoslowakischen Staates bestehenden autonomen Einheit beziehen. Diesem Wunsch des Völkerverbundes ist nun das Exekutivkomitee der ruthenischen Emigranten entgegengekommen, indem es dem Völkerverbund eine umfangreiche Eingabe unterbreitete. Die vom Ruthenengebiet seit drei Jahren verjagte ruthenische Intelligenz, in Siebenbürgen, Ungarn und Ungarn zerstreut, hat eine Organisation geschaffen und ihr Exekutivkomitee damit betraut, behufs Vorlage an den Völkerverbund alle Daten zu sammeln, die es aller Welt klarmachen, wie wenig Wahrheit den von der tschechischen Regierung ausgegebenen, beziehungsweise inspierten Veröffentlichungen über die Vor- und Nachkriegszustände bei der südkarpathischen Ruthenensiedlung innewohnt. Die auf dieser Sammelarbeit beruhende Eingabe wurde nun an das tschechische Ministerium des Auswärtigen geleitet. Das Exekutivkomitee der Emigranten zählt unumwiderlegliche Beweise dafür auf, daß die tschechischen Angaben über den wirtschaftlichen und kulturellen Rückstand des ruthenischen Volkes der Wahrheit nicht entsprechen. Es geht aus dieser Statistik hervor, daß während der ungarischen Herrschaft um 88 Schulen mehr bestanden haben, als es derzeit der Fall ist, daß der ungarische Staat für die wirtschaftliche Ausbildung des derzeit in wirtschaftlichem Elend lebenden ruthenischen Volkes etwa 40 Millionen verwendet hat, daß sich die Sterblichkeit selbst nach der tschechischen amtlichen Statistik seit dem tschechischen Imperium ungemein erhöht hat, daß unter dem ungarischen Regime im Ruthenengebiet 145 Beamte ruthenischer Abstammung eingesetzt waren, nach der von tschechischer amtlicher Seite dem Völkerverbund erteilten Aufklärung dagegen die Zahl der ruthenischen Beamten nur zwölf beträgt, weil sämtliche Stellen mit Tschechen, Ukrainern und Kroaten besetzt wurden. Dem Elaborat ist als Beilage u. a. hinzugefügt das an Warschau gerichtete Expose des ersten von den Tschechen ernannten Gouverneurs Gregor Jankovics, worin dieser seine Demission anmeldet. Aus dieser bisher unbekanntem Denkschrift kann man authentisch erfahren, in welcher Weise der Anschluß des Ruthenengebietes an Tschechien erfolgt ist. Man erfährt daraus geheime Details aus der amerikanischen Aktion von Masaryk, Jankovics und Wilson, und es werden hieraus die hierauf bezüglichen geheimen Akten der Pariser Friedenskonferenz bekannt: das Freistehen zwischen Penes und Jankovics. Letzterer, auf den sich die Tschechen eine Zeitlang mit Vorliebe berufen haben, legt in seinem Expose der tschechischen Regierung seine Beirung mit Entrüstung zurück, weil die tschechische Regierung nichts von ihren Versprechungen einhielt.

**Die Uebertragung von Vorkriegsrenten aus Oesterreich.** Die Direktion des Postschekamtes in Prag verlaßt auf: Mit Rücksicht darauf, daß das Finanzministerium verlangt, daß alle österreichischen Vorkriegsrenten in der unerfreulichen Frist bis 31. d. M. in Amtshandlung übergeben werden, nimmt das Postschekamt keine weiteren Gesuche um Ueberführung dieser Renten aus Oesterreich an und wird nachträglich einlangende Gesuche zurückstellen.

Umsonst. Brüste stählten, Ellbogen spitzten sich. Häufel krompften, griffen aus und rissen zurück, was vorne war. Einer fiel. Er fand nicht mehr Zeit und Raum aufzukommen. Die anderen traten auf ihn. Er schrie. Aber sein Schrei wurde überdunnert vom Gebrüll der Hunnen.

Der Schlichter riß das Fleisch an sich. Da fanden Häufel auf gegen ihn. Er stieß durch die Türe, in seine Wohnung.

Nun rang der Haufen um die Beute. Einem gelang es, das Fleisch an sich zu reißen. Aber er kam nicht aus dem Loden, obgleich er fluchte, schlug, spie. Ein Stärkerer entriß es ihm. Wieder langte eine andere Hand nach dem Raub eine dritte. Vierte. Fünfte. Ein Weib das an der Tür wühlte, hatte das Fleisch ertrankt und stürzte mit seiner Beute auf die Straße. Aber sowohl die Beute im Loden, als auch alle, die auf der Straße wirrten, moaten. Stiechen wie Hais auf sie. Das Fleisch fiel in den Kot. Ein Gewimmel von Händen stürzte darauf Körper fielen. Wieder schwang es jemand in die Luft. Die beschmüht, zerfeht, fiel es von Hand zu Kot, von Kot zu Hand.

Der Schwamm sprühte Hülle um sich. Er trachtete vergeblich nach dem Fleisch, bei um Ordnung. Beute, es hat doch keinen Sinn! schrie er. Ihr schadet euch nur! Niemand achtete auf sein Wort. Das Gefühl der Chimmacht durchdrückte ihn. Ihm war, als müßte er zusammenbrechen. Denn, daß er hier als Schwamm stand die Bedrängten betragen mußte strotzte reich zu sein und alle fittiden zu formen, wühlte als reichende Dual in ihm.

Die Menne schrie: „Sollen wir unsere Kinder braten, ehe sie und wir verhungern? Wenn — wen sollen wir schlachten?“

### Ausland.

#### Judenausweisungen aus Ungarn.

Sorby-Ungarn ist in die Gesellschaft zivilisierter Völker, in den Völkerbund, aufgenommen worden und hat bei dieser Gelegenheit feierlich gelobt, sich an die Gesetze der europäischen Zivilisation zu halten. Doch es mit dem Ergebnis die gleiche Bewandnis haben werde wie mit anderen Zusagen der Sorbyisten und — des Völkerbundes, wußte jeder und die Bestätigung bleibt denn auch nicht aus. Die Regierung leistet sich den in einem modernen Staat unerhörten Gewaltstreik, fünfzehntausend Familien, das sind sicherlich rund fünfzigtausend Menschen, aus dem Lande auszuweisen, und der einzige Grund dieser grausamen Behandlung ist die jüdische Abstammung der Ungarischen. Als zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts, lediglich Jahre nach dem kulturvernichtenden dreißigjährigen Krieg, der Erzbischof von Salzburg einige hundert protestantische Familien zur Auswanderung zwang, ward in ganz Europa Empörung laut, im Europa der Großen und Köpfe. Heute, nach zweihundert Jahren „jenseitiger Kulturarbeit“, mag es Graf Bethlen, einer rund zehnmal so großen Zahl von Familien die gleiche Morter anjutun. Ueber Ansuchen der Budapest jüdischen Kultusgemeinde war er so „gütig“, mit dem Vollzug der Ausweisung bis nach den jüdischen Feiertagen zu warten. Nun aber halten die „Entwachsenen Ungarn“ die Verpeftung der Luft durch die Juden nicht länger aus. Zehntausend Familien haben bereits Vorbildungen zur Budapest Polizei erhalten. Vom Polizeiamt werden sie sofort ins Schubhaus gebracht und zur Grenze befördert! Wo sie bleiben dürfen, wissen sie nicht, denn viele von ihnen wohnen jahrzehntelang in Ungarn, kein Nachbarland wird sich zu ihnen bekennen wollen. Besser konnte sich Ungarn als Völkerbundgenosse wirklich nicht einführen.

#### Das „Königreich“ Irak.

Der Vorkauf des zwischen Großbritannien und Mesopotamien abgeschlossenen Vertrags liegt nun in den englischen Blättern vor. Danach wird die staatliche Unabhängigkeit des Königreichs Irak — dies der amtliche Name Mesopotamiens — von England zwar anerkannt, in Wirklichkeit jedoch der Vertrag unverkennbar ein Protektorsverhältnis, da er für die zwanzig Jahre der Vertragsdauer dem britischen Hochkommissar das Recht zuerkennt, die Russlandpolitik des Königreichs zu leiten und die von der arabischen Bevölkerung zu tragenden Steuerlasten zu bestim men und auch einzutreiben. Ein Staat also, der seine Außenpolitik und seine Finanzpolitik nicht selbständig machen kann! Da mag die Unabhängigkeit und Souveränität in noch so feierlichen Formeln betont sein; im Wesen läuft ein derartiges Verhältnis doch mindestens auf ein Protektorat hinaus. Uebrigens erheben sich in der englischen Presse selbst beachtenswerte Stimmen, die erste Bedenken gegen den Vertrag äußern. So wird darauf hingewiesen, daß König Fajsal in eigenen Lande mit starken Gegnerpartien zu rechnen hat und die britische Politik daher leicht in die weder erwünschte noch ungefährliche Lage kommen kann, gegen starke Aufstandsbewegungen dem „befreundeten“ König von Irak bewaffneten Beistand leisten zu müssen. Noch weniger erbaut ist man von der Klausel betreffend die britische Finanzhoheit im Irakstaat. Namentlich erinnert man daran, daß auch der Zustand, der vor etwa zwei Jahren ganz Mesopotamien zu ergreifen drohte und vom englischen Militär in Blut erstickt wurde, wegen der schweren Steuerlasten ausbrach, die der englische Hochkommissar Sir Percy Zacharias Cox den Arabern auferlegt hatte. Kenner des mittleren Ostens schlagen deshalb in der englischen Presse vor, den mesopotamischen Arabern lieber diese Verträge zu erlassen, um nur ja nicht durch Ausübung des bezüglichen Vertragsrechtes den ohnehin bestehenden Fremdenhaß und den Unabhängigkeitsdrang der eingeborenen Bevölkerung noch mehr zu schüren. Wie sich der gesamte orientalische West Englands — Ägypten, Indien usw. — immer unklarer und unlenkbarer erweist, so verdichtet sich auch die Frage Mesopotamiens für die britischen Imperialisten zu einem schweren Problem. Die Menge des Problem- und Konfliktstoffes zeigt an, daß es nicht zu langer Zeit bedürfen wird, bis England im Orient vor einschneidenden Entscheidungen stehen wird, die vielleicht das Bild des gesamten Imperialismus von Grund auf umgestalten werden.

#### Massenauswanderung der Christen aus Syrien.

Konstantinopel, 23. Oktober. (Sabas.) Von den in Syrien eingetroffenen alliierten Truppen wurde die Ordnung wieder hergestellt. Nahezu die gesamte christliche Bevölkerung verläßt Syrien.

#### Selbstmorde politischer Gefangener in einem ungarischen Internierungslager.

Wien, 24. Oktober (Eigenbericht). Aus Budapest wird gemeldet: Im Internierungslager Jalgassergy haben im Laufe der vorigen Woche zwei politische Gefangene Selbstmord verübt. Der eine Josef Sluger hängte sich auf, eine Frau Biro trans Langeneßky. Die beiden wurden in aller Stille beerdigt. Als der Minister des Innern von den Vorfällen in Kenntnis gesetzt wurde, erklärte er Zeitungsberichterstattern gegenüber, daß die Internierten in Jalgassergy tadellos behandelt werden.

## Der Lohnkonflikt in der mittelböhmisches Metallindustrie.

### Den Zentralen zur Beratung vorgelegt.

Prag, 24. Oktober. (Tsch. P.-B.) Von der Verhandlungskommission der Metallarbeiter in Prag wird mitgeteilt: Der Lohnkonflikt in der Mittelböhmisches Metallindustrie wurde den Zentralen zur Beratung vorgelegt. Das Ergebnis der heutigen Beratungen über die Lohnreduktion ist derart, daß kein positives Ergebnis erzielt wurde, da beide Parteien unüberwindlich auf ihrem Standpunkte verharrten. Die Arbeitgeber haben in ihrer schriftlichen Erklärung auf den letzten Vorschlag der Arbeitervertreter mitgeteilt, daß sie auf ihrem Vorschlag beharren, wonach die Löhne bei den Dütenarbeitern um 30 Prozent, bei der übrigen Arbeitererschaft um 27,5 Prozent herabgesetzt werden

sollen. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten demgegenüber, von ihrem Vorschläge auf Zulassung der Lohnherabsetzung von 15 Prozent als äußerste mögliche Konzession unter keinen Umständen mit Rücksicht auf die schwierige Stellung der Beschäftigten abgeben zu können. Mit Zustimmung der beiden Parteien wurde der Konflikt der Arbeiter- und Unternehmerzentrale übergeben. Darnach wird über den Konflikt in der Metallindustrie auf der einen Seite die tschl. Gewerkschaftsvereinigung und die tschl. Arbeitergemeinschaft, auf der anderen Seite der Zentralverband tschl. Industriellen beraten.

## Unsere Interpellation zur Wirtschaftskrise.

Die Abgeordneten Genossen Schäfer, Bohl, Kaufmann und Genossen haben an die Gesamtregierung eine dringliche Interpellation, betreffend die Wirtschaftskrise und die dagegen zu ergreifenden Maßnahmen eingereicht, in der es unter anderem heißt:

„Zu den allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen des gegenwärtigen Notstandes kommen in der Tschechoslowakei noch besondere Umstände hinzu, die die Krise verschlimmern und die alle mit ihr zusammenhängenden Folgen steigern. Ununterbrochen steigt die Arbeitslosigkeit; ein Betrieb nach dem andern muß stillgelegt werden, große Industriezweige stehen vor dem völligen Zusammenbrüche. Kein Teil des Staatsgebietes, keine Berufsgruppe von Arbeitern, kein Industriezweig bleibt von den Krisenwirkungen verschont. Schon im Juli haben die Gewerkschaften in der Tschechoslowakei in einer gemeinsamen Rundgebung die Regierung auf die Verschärfung der Wirtschaftskrise aufmerksam gemacht und verlangt, daß unüberzüglich Maßnahmen gegen die sich greifende Arbeitslosigkeit und gegen die Verschlimmerung der Wirtschaftslage ergriffen werden. Doch vergeblich haben die proletarischen politischen Parteien von der Regierung die rasche Einberufung des Parlaments verlangt.

Unter Hinweis auf die verhängnisvollen

Folgen, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben, fragen die Geberigten:

1. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die herrschende Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei zu bekämpfen, Abstrahlmöglichkeiten für die Industrien zu beschaffen und der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken?
2. Ist die Regierung bereit, durch Befreiung der notwendigen Mittel die Bau-tätigkeit zu heben und insbesondere dafür zu sorgen, daß die Beschaffung neuer Wohnungen sofort in Angriff genommen werden kann?
3. Welche Maßnahmen gedenkt die Gesamtregierung zur Stabilisierung des Kronenkurses zu ergreifen?
4. Ist die Regierung bereit, sofort die Kohlensteuer aufzuheben, die Transporttarife zu ermäßigen, die Postgebühren herabzusetzen und die warenverteuernde Umsatzsteuer zu beseitigen?
5. Ist die Regierung bereit, insbesondere die Zölle auf Lebensmittel aufzuheben?
6. Welche Vorkehrungen gedenkt die Regierung zu treffen, um allen Opfern der Wirtschaftskrise über die Zeit der Arbeitslosigkeit die Lebensnotwendigkeit in ausreichendem Umfange zu sichern?

#### Die deutschen Kohlenlieferungen und die Arbeiterkraft.

##### Beratungen deutscher und französischer Arbeiter.

Berlin, 24. Oktober. (Tsch. P.-B.) Unter dem Vorhänge des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Silber Schmidt und des französischen Senators Carpentier begann gestern in Berlin eine deutsch-französische Wiederaufbaukonferenz, an der unter anderen Delegierte der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes, Mitglieder des deutschen Verbandes der sozialen Baubetriebe und der Sekretär der Bauarbeiterinternationale Kexpler teilnahmen. Von der deutschen Delegation wurde darauf hingewiesen, daß die Reparationskommission die Lieferung von Kohle an Frankreich von 1.600.000 Tonnen auf 1.954.000 Tonnen zu erhöhen beauftragt habe. Wenn diese Forderung wirklich aufrecht erhalten werden sollte, so würden, wie die deutsche Delegation betont, damit alle Lieferungen und Sachleistungen für die zerstörten Gebiete, wie alle bisher abgeschlossenen Verträge hinfällig werden, da es ganz ausgeschlossen sei, daß von den deutschen Bergarbeitern höhere Leistungen als die gefährlichen Ueberstunden verlangt werden können. Die französische Delegation schloß sich diesen Anschauungen an; sie gab die Erklärung ab, daß sie sofort nach ihrer Rückkehr nach Paris der französischen Regierung der Tragweite der Kohlenfrage klar machen werde. Die Beratung wird heute fortgesetzt werden.

#### Ausländische Finanzsachverständige nach Berlin geladen.

Berlin, 24. Oktober. (Wolff.) Die Reichsregierung hat eine Reihe hervorragender Finanzsachverständiger nach Berlin eingeladen, um mit ihnen zu beraten, welche Maßnahmen für die Stabilisierung der Währung bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergriffen werden können. Die Beratungen werden in Kürze stattfinden.

#### Die Reparationskommission reist nach Berlin.

Paris, 24. Oktober. Die Reparationskommission hat heute nachmittag beschlossen, Sonntag abends nach Berlin zu reisen, um mit der deutschen Regierung über die Maßnahmen zu verhandeln, die zum Ausgleich des Budgets und zur Stabilisierung der Mark zu führen sollen.

## Der Staatsvoranschlag.

Dem Abgeordnetenhause wurde gestern das Finanzgesetz für 1923 vorgelegt, wonach der Staatshaushalt im nächsten Jahre geführt werden soll. Vor allererst muß bemerkt werden, daß der Wert aller Voranschläge, die seit dem Entstehen des Staates vorgelegt wurden, dadurch herabgemindert wird, weil entgegen allem parlamentarischen Brauch die Rechnungsausschüsse für die vergangenen Jahre noch nicht fertiggestellt sind, die erst ein Urteil darüber erlauben würden, wie in diesem Staate budgetiert wird. Dies geschah, trotzdem wir ein Oberstes Rechnungskontrollamt haben, für das zumal im heutigen Jahr um 400.000 Kronen mehr angefordert werden als im Vorjahre. Es wäre höchste Zeit, wenn das Oberste Kontrollamt dieser seiner elementaren Pflicht nachkäme.

Was die Ausgaben im Voranschlage betreffen, betragen diese für das Jahr 1923 19,8 Milliarden, also etwa um eine halbe Milliarde weniger als im vorigen Jahre. Die Einnahmen sind jedoch ungefähr gleich geblieben. (18,8 Milliarden), so daß das Defizit, das voriges Jahr fast eine Milliarde betragen hat, heuer nur ungefähr eine halbe Milliarde beträgt, genau 656 Millionen Kronen beträgt. Wie verteilt sich nun diese Ausgabenminderung auf die einzelnen Ressorts? Weniger braucht die Kasse des Präsidenten der Republik und zwar um 12 Millionen, weil sowohl auf der Prager Burg als auch in Lana die Renovierungsarbeiten beendet sind. Freilich erscheinen dafür im Investitionsbudget solche Arbeiten, wie denn überhaupt das Nebeneinander von Investitionsbudget und dem sonstigen Budget recht viel — vielleicht gewollte — Unklarheiten zur Folge hat. Um 300 Millionen geringer sind die Ueberweisungen an die Selbstverwaltungsorgane veranschlagt, was mit dem Rückgang im Ertrage der Umlaufsteuer zusammenhängt. Auch das Ministerium des Aeußeren zeigt sich im heutigen Voranschlage beschränkter. Es beantragt statt wie voriges Jahr 300, nur 215 Millionen Kronen, was jedoch nicht auf die besondere Sparsamkeit, sondern auf die Besserung der Valuta zurückzuführen ist. Ebenso präsentiert sich das Ministerium für Nationalverteidigung, das statt wie voriges Jahr 3108, heuer 2775 Millionen beansprucht. Freilich sind Ausgaben für dieses Ministerium auch in anderen Kapiteln des Budgets verstreut, so sind im Investitionsbudget nicht weniger als 170 Millionen für Kasernenbauten veranschlagt, wozu noch der Bau strategischer Bahnen in der Slowakei kommt, was die Summe von 234 Millionen ausmacht. Außerdem sind im Investitionsbudget, Kapitel Eisenbahnen, sehr viel Ausgaben, ohne jede Spezifikation, so daß man den Verdacht nicht los wird, es handle sich auch hier um militärische Ausgaben. Auch die Forderung des Luftschiffahrtwesens dürfte wesentlich militärischen Bedürfnissen dienen. Die Sparsamkeit im Unterrichtsministerium, das statt 934 heuer nur 858 Millionen beansprucht, wird noch einer besonderen Untersuchung nach der nationalen Seite dieser Sparsamkeit bedürfen. Auffallender ist, daß beim Eisenbahnministerium 400 Millionen weniger beansprucht sind als voriges Jahr, was mit geringeren Personalausgaben gerechtfertigt wird. Wenn es sich in diesem Ressort um die Entlassung von Staatsangestellten handeln sollte, so muß schon jetzt die Forderung erhoben werden, daß diese Entlassung vor allen diejenigen betrifft, welche nach dem Umsturz in die Dienste der Eisenbahn aufgenommen wurden. Die Ersparnisse im Ministerium für öffentliche Arbeiten, die etwa 50 Millionen betragen, werden auf die Entlassung der sogenannten technischen Attachés, sowie die Reduzierung in der Kohlenwirtschaft zurückgeführt. Verständlich ist der Rückgang der Ausgaben des Ministeriums für Volksernährung von 29 auf 17 Millionen, da ja die staatliche Verwirklichung der Lebensmittel aufgehört hat.

Gestiegen sind dagegen die Ausgaben für die Staatsschulden von zwei auf 2,8 Milliarden und zwar deswegen, weil die amerikanische Schuld nunmehr im Budget angeführt ist und die Zinsen für die englische Pfundanleihe dazu kommen. Bedeutend erhöht sich die Ausgaben des Ministerratspräsidiums und zwar von 200 auf 500 Millionen, was verursacht wird durch erhöhte Ausgaben im statistischen sowie im Bodenamt. Zum erstenmal erscheint auch im Budget in dieser Gruppe ein Dispositionsfond in der Höhe von 8 Millionen, der eine Schande für jeden Voranschlag ist. Ebenso erhöht sich die Ausgaben des Ministeriums des Innern. Für die Polizei allein beträgt die Erhöhung 60 Millionen. In der Zeit der Wirtschaftskrise ist wohl der Bedarf von Polizisten größer als sonst. Die Ausgaben des Finanzministeriums erhöhen sich von 1700 auf 1800 Millionen, was mit der Vermehrung der Beamten erklärt wird. Es wäre Zeit, daß die Einhebung der Steuern mehr Kaputt als bisher und daß sich nicht jahrelange Steuerrückstände aufhäufen, die nicht einreibbar sind, wodurch dem Staat Millionenbeschaden entstehen. Es wird auch zu prüfen sein, ob nicht der Aufwand für viele Steuern (wie beispielsweise bei der Verzehrungssteuer) größer ist als ihr Ertrag. — Daß der Bedarf des Handelsministeriums sich von 23 auf 51 Millionen erhöht hat, ist wohl begründet, da der Abschluß von Handelsverträgen für den Staat lebensnotwendig ist. Ein Vergleich der Erhöhung des Handelsministeriums, die 28 Millionen beträgt und des Ministeriums für Landwirtschaft, die 188 Millionen beträgt, zeigt, wie stark die Agrarier in diesem Staate sind. Für die Verstaatlichung der Wälder, die nun in Angriff genommen werden wird, sind 154 Millionen auszuwerfen. Ebenso wie beim Handelsministerium ist die Erhöhung beim Justiz-

#### Die Arbeiter der Staatsbetriebe gegen Deutscher Reichs Verschönerung.

Wien, 24. Oktober. (Tsch. P.-B.) Gestern abends fand in Wien eine Vertrauensmännerversammlung der Postangestellten, Tabakarbeiter und Eisenbahner statt, in welcher der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Otto Bauer über den Genfer Vertrag und die Bundesbetriebe sprach. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt, daß die Vertrauensmänner den schärfsten Protest dagegen erheben, daß die Regierung in Verhandlungen mit den Völkerbunddelegierten über die Köpfe der Bundesbetriebsangestellten hinweg über die Zukunft der Bundesbetriebe entscheiden will. Die Versammlung erklärt, daß sich die Bundesbetriebsangestellten keine Distanz der Regierung, auch wenn diese sich hinter einer ausländischen Kommission verdeckt, unterwerfen, ihr Mitbestimmungsrecht in ihren Arbeitsstätten mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln verteidigen, sich jeder Verschönerung der Bundesbetriebe an das Privatkapital widersetzen und auf der administrativen und finanziellen Ver selbständigung der Bundesbetriebe mit der demokratischen Mitverwaltung der Angestelltenbetriebe bestehen werden.

#### Die englischen Wahlen am 15. November

London, 23. Oktober. (Sabas.) Von halbamtlicher Quelle wird bestätigt, daß die Wahlen für den 15. November, einen Wochentag, und die Nennung der Kandidaten für den 4. November festgesetzt wurden. Das Parlament wird am 26. Oktober aufgelöst werden. Die Arbeiterschaft empfindet die Bestimmung eines Wochentages als Wahltag als Schickane.

#### Curzon über die künftige Regierungspolitik.

London, 24. Oktober. (Tsch. P.-B.) In seiner gestrigen Rede bei der Versammlung der Konservativen im Hotel Cecil sagte Lord Curzon: Die Arbeiterpartei bildet eine beträchtliche Gefahr für den Staat. Donar Laws Politik werde eine Politik der Rückwärtsentwicklung, nicht die eines glänzenden Feuerwerkes sein. Ihre Lösung wird Beständigkeit sein, nicht Sensation. „Wir wollen den Frieden wiederherstellen und der Friede kann nur wiederhergestellt werden, wenn wir mit den Arbeitern zusammen handeln und nicht gegen sie. Bei der schwierigen Lage der Welt kann unsere Position nicht durch aufsehenerregende Ueberzählungen und nicht durch eine Politik hochmütiger Isolierung wiederhergestellt werden, sondern nur durch Kompromisse, durch Zusammenwirken und Aufrichtigkeit.“

# Der innerpolitische Kampf der Sozialdemokratie Deutschlands.

Berlin, 24. Oktober. Der Reichstag hat sich heute auf zwei Wochen vertagt, nachdem durch einen besonderen Gesetzentwurf die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert bis zum 25. Juni 1925 mit 310 gegen 77 Stimmen beschlossen worden war. Der Reichspräsident wurde vom Reichstagspräsidenten davon unterrichtet und er erklärte sich dazu bereit, sein Amt noch weiterhin zu verwalten.

Außerdem stimmten die bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokratie der Erhöhung des Preises für das erste Drittel der Getreidemenge zu. Wenn unsere Partei nicht hiebei schon die Schlussfolgerung gezogen hat, daß eine weitere Zusammenarbeit in der Koalition nicht mehr möglich sei, so gibt sie von der Auffassung auf, daß diese Frage nur im Zusammenhange mit dem ganzen Problem der Stabilisierung der Währung und des Kampfes gegen die Teuerung behandelt werden dürfe. Die Regierungskrise ist denn auch durch die Vertagung des Reichstages und durch dessen heutige Beschlüsse nicht beseitigt. Sie drängt sich erst recht zu ihrer Lösung und die sozialdemokratische Partei hat auch bereits die Plattform geschaffen, von der sie den Kampf um eine Umgestaltung der inneren Politik führen wird. Sofort nach Beendigung der heutigen Reichstags-Sitzung trat die sozialdemokratische Fraktion zusammen, um sich nochmals mit dem von ihr am Montag aufgestellten finanz- und wirtschaftspolitischen Programm zu beschäftigen und die Schritte zu beraten, die ihren Vorschlägen zur Durchführung verhelfen soll. Uebereinstimmend war die Fraktion der Auffassung, daß es unmöglich sei, mit der Vertagung und Durchführung unserer Forderungen

bis zum Wiederzusammentritte des Reichstages zu warten, sondern daß sofort das Notwendige getan werden müsse. Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt wurde deshalb zunächst beauftragt, dem Reichstagsrat Mitteilung davon zu machen, daß die Sozialdemokratie auf der schnellsten Durchführung der Montag begonnenen, Dienstag aber vertagten Parteibesprechung, insbesondere aber auf der Besprechung unserer Forderungen mit der Regierung besteht. Für die Beratungen mit der Regierung über die von der Fraktion gewünschten finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern, der auch die Genossen Hermann Müller, Hilferding und Breitscheid, angehören, eingesetzt. Im Laufe der zu führenden Besprechungen Komplikationen ergeben, wird die Fraktion hierzu zusammenberufen werden.

Berlin, 24. Oktober. Das Reichskabinett nahm heute abends zu dem vom Reichswirtschaftsminister ausgearbeiteten Abänderungsvorschläge zur Devisenverordnung Stellung. Die Abänderung bedeutet keine Erleichterung, sondern in gewisser Hinsicht eine Verschärfung des Anlaufes der Devisen, trägt aber andererseits berechtigten Wünschen der Devisenverbraucher Rechnung.

Berlin, 24. Oktober. Auf dem Devisenmarkt hatte heute wieder eine kleine Erholung der Kurse eingesetzt. Der Dollar stieg von 4074 auf 4408, englisches Pfund von 18.204 auf 19.600, Schweizer Franc von 740 auf 805, tschechische Krone von 133.16 auf 142.64.

## Zum Justizverbrechen an Fehrenbach. Eine Interpellation der Sozialdemokraten an die Reichsregierung.

Berlin, 24. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Urteil gegen Fehrenbach eine Interpellation eingebracht, in der sie an die Regierung folgende Fragen stellt: Ist der Reichsregierung bekannt, daß das Verbrechen des Landbesitzes von den Gerichten darin erblickt wurde, daß diese Verleumdung über geheime Organisationen gemacht haben, die zwar in Bayern bestehen, aber nach den Reichsgesetzen verboten sind? Gilt

die Reichsregierung diese Rechtsprechung mit den bestehenden Gesetzen für vereinbar? Wie gedenkt die Regierung gegenüber dem durch die Volksgereichte geschaffenen Zustande die Rechtschaffenheit und die deutsche Rechtschaffenheit wiederherzustellen? Was gedenkt die Reichsregierung für die Opfer der Volksgerechtsjustiz zu tun? Wie gedenkt die Reichsregierung den außenpolitischen Folgen des durch die bährischen Volksgereichte geschaffenen Zustandes zu begegnen?

## Tages-Meinungen.

**Die Aufriger Parteigenossen zur Frage der Einigung des Proletariates.** In einer am Montag stattgefundenen, sehr zahlreich besuchten Plenarversammlung der Aufriger Parteigenossen wurde nach einem Referat des Genossen Belina und nach einer lebhaften Diskussion einstimmig eine Resolution angenommen, die die Frage des Proletariates in der Tschechoslowakei behandelt. Es wird darin erklärt, daß so lange die tschechischen Sozialdemokraten die Politik der nationalen Koalition verfolgen, an eine Einigung mit dieser Partei nicht zu denken ist. Mit der kommunistischen Partei kommt die Einigung ebenfalls nicht in Frage, da diese einer Politik der Phrasen nachhängt. Es wird die Vermittlung ausgeprochen, daß die kommunistische Partei zu einer Partei werden wird, die ähnliche Grundsätze verfolgen wird, wie die gewesene Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Dieser Gefühnsprozess macht erhebliche Fortschritte, was neuerlich der Ausschluß der Opposition zeigt. Es erscheint notwendig, den Weg zur Zusammenfassung des Proletariates der Tschechoslowakei zu suchen. Die Plenarversammlung erblickt als geeignetes Mittel der Zusammenfassung die Einberufung des Proletariatskongresses und ersucht den Parteivorstand, eine Einladung an alle klassenbewußte Parteien zum Proletariatskongress zu senden, damit der Kongress eine Zusammenfassung der Kräfte des Proletariates möglich mache. Die Versammlung lehnt die Demagogie der Agitation der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei mit der „Einheitsfront“ entschieden ab.

**Hunger im Allgemeinen Krankenhaus in Prag.** In der letzten Sitzung der Gesundheitsausschüsse des Abgeordnetenhauses und Senates interpellierte der Abgeordnete Johans den Gesundheitsminister wegen der ungenügenden, zeitweiligen direkt ständischen Verpflegung im Allgemeinen Krankenhaus in Prag und verlangte eine sofortige Abstellung der unbilligen Zustände. In der Interpellation führte Abgeordneter Johans aus, daß das Prager Allgemeine Krankenhaus, weil es sich in der Hauptstadt des Staates befindet, als staatliche Musteranstalt dastehen sollte. — Wer jemals im Krankenhaus einen Besuch gemacht hat oder wer so unglücklich war, dort krank darniederliegen zu müssen, der wird dem Abgeordneten Johans vor aller Öffentlichkeit bestätigen, daß das Prager Krankenhaus alles anderes als eine „Musteranstalt“ ist. An der Sachlage, die wir seinerzeit in unserem Artikel „Die Schande von Prag“ geschildert haben, scheint sich bis heute nur insoweit etwas geändert zu haben, daß die Patienten dort jetzt auch noch — Hunger leiden müssen. Der Gesundheitsminister Sramek beantwortete die Interpellation des Abgeordneten Johans dahin, daß in kürzester Zeit das Krankenhaus eine derartige finanzielle Unterstützung erhalten wird,

daß alle Uebelstände endgültig beseitigt werden können.

**Ein Denkmal für Jaurès in Montpellier.** Wie aus Paris gemeldet wird, wurde am Sonntag in Montpellier ein Denkmal für Jaurès eingeweiht. Außer anderen Rednern sprach der radikalsozialistische Abgeordnete Painlevé im Namen seiner Partei.

**Die politische Morbafäre in Lemberg.** Im Zusammenhange mit der Ermordung des Redakteurs Twerdchik wücher weitere Verhaftungen vorgenommen. Der Führer der Lemberger Ukrainer Dr. Celebić, welcher in Lemberg eingekerkert war, hat die Flucht ergriffen. In Stanislaw wurden etwa 100 Ukrainer verhaftet.

**Die Räumung Thrasiens durch die Griechen.** Nach einer Havasmeldung entwidelt sich die Evakuierung Thrasiens normal. Die griechischen Truppen sind aus Thrazien nahezu vollständig abgezogen. Das Kriegsmaterial wurde bereits weggeschafft. Die osmanischen Behörden werden allmählich und an bestimmten Tagen in die geräumten Zonen einziehen.

**Die amerikanischen Truppen in Rheinlande.** Nach einer Washingtoner Meldung hat die Regierung der Vereinigten Staaten bisher keinen Beschluß bezüglich der Abberufung der amerikanischen Truppen aus dem Rheingebiete gefaßt. In politischen Kreisen ist man aber der Ansicht, daß diese Frage vor Ende des Jahres neuerdings zur Erörterung gelangen wird.

**Hunde als Passagiere der Straßenbahn.** Der Münchener Stadtrat hat einen Beschluß gefaßt, der von allen Bierdeckeln mit Freudenbeißel bekränzt werden wird. Um den Hund die Anstrengung zu ersparen, neben dem Tramwaywagen herzuhalten — und die Wagen in München fahren schnell — will man auch ihnen künftig die Benützung der Straßenbahn gestatten. Freilich ist diese Vergünstigung an einige erschwere Bedingungen geknüpft. Die Hunde nämlich müssen dabei Weisföhr tragen, sind an der Leine zu halten und haben sich anständig zu benehmen. Benützt werden darf nur die vordere Plattform des Anhängewagens oder auch des Triebwagens. Die vierbeinigen Fahrgäste haben den gleichen Fahrpreis zu bezahlen wie die zweibeinigen; das Fahrgeld ist abgezählt bereit zu halten. Die Hundezulassung ist widerruflich und gilt vorläufig nur bis zum 31. Dezember. — Da sich Gázar, Nero, Bello in anderen Städten, wie z. B. in Frankfurt, längst das Gastrecht auf der Plattform erworben haben, ist zu hoffen, daß auch die Münchner Hunde sich des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.

**Der Kampf gegen den Alkohol in Amerika.** Wie aus New York gemeldet wird, ist die Berufung der fremdländischen Schiffahrtsgesellschaften gegen das Gesetz, wonach von Amerika innerhalb der Dreimeilenzone Schiffe mit alkoholischen Getränken an Bord beschlagnahmt werden, verwor-

fen worden. Die Schiffahrtsgesellschaften seien jedoch berechtigt, den für das Personal für die Hin- und Rückreise notwendigen Alkohol an Bord zu nehmen.

**Furchtbare Sittenbilder.** In geradezu erschütternder Weise mehrten sich in jüngster Zeit die Fälle von Notzucht und Schändung kleiner Kinder. Wir haben in den letzten Tagen mehrmals solche grauenvolle Berichte veröffentlicht. Heute erhielten wir wieder eine Nachricht, die einem das Blut in den Adern erstarren macht. In Mährisch-Osttau heiratete vor nicht allzu langer Zeit ein Mann namens J. Sch. Seine Frau brachte ein Mädchen in die Ehe mit, das bereits die dritte Volksschulklasse besucht. In den letzten Tagen erkrankte das Kind und die Untersuchung im Ostrauer Spital durch den Primarius ergab, daß das Mädchen mißbraucht worden war. Der Täter war der Stiefvater des Mädchens, ein Zehnjähriger. Als die Frau davon erfahren hatte, drängte sie sofort auf Scheidung. Der Mann bedrohte sie aber mit dem Tode, falls sie die Sache der Polizei zur Meldung bringen wolle. Die Frau erstattete dennoch die Anzeige gegen den Missetäter, der sogleich verhaftet und dem Kreisgericht eingeliefert wurde.

**Gräßliches Familien drama in Wien.** Samstag abends um 10 Uhr. Bezirk in Wien der 23jährige Hilfsarbeiter Rudolf Stager in der Wohnung seines Vaters Eduard Pitsch, seine 19jährige Gattin, Katharina durch einen Messerstich in den Rücken getötet. Rudolf Stager, der seine Mutter früh verlor, hat, was bei der Bahn zeitweise angefaßt und lernte vor zwei Jahren seine jetzige Frau kennen. Im Jänner wurde Beschuldigt gefaßt. Doch die Ehe gestaltete sich sehr unglücklich. Der Ehemann war sehr eifersüchtig; er schlug seine Frau, die schuldlos zu sein behauptete und bereitete oft Szenen. Frau Stager dachte schließlich an Scheidung. Ihr Mann wollte aber davon nichts wissen. Samstag abends sollte nun die entscheidende Aussprache stattfinden. Da aber die junge Frau bald einseh, daß sie gütlich nichts ausrichten könne, verabschiedete sie sich von dem Gatten und wollte eben nach Hause gehen. In der Küche erreichte Stager seine junge Frau, jogg plötzlich ein großes Schusswaffe und stieß es meuchlings der Abwärtigen von rückwärts in die rechte Seite des Rückens. Mit einem Aufschrei brach Blutüberflutend die zu Tode Betroffene in der Küche zusammen. Die Rettungsgesellschaft wurde berufen, doch fand der Arzt die Frau schon tot. Noch in der Nacht wurde der Mörder verhaftet. Er gab die Tat zu und beteuerte, sie aus Verzweiflung begangen zu haben, weil seine Frau seine Liebe nicht erwidert habe; er müsse bei der Tat vorausgesetzt gewesen sein.

**Schwerer Unglücksfall in Restonik.** Aus Restonik wird telephoniert: Beim Bau der elektrischen Lichtleitung der Restoniker Zuckfabrik ereignete sich Montag nachmittags ein schwerer Unglücksfall. Eine Doppelmantelkonstruktion brach und ein Eisenstollen fiel dem bei der Aufstellung beschäftigten 23jährigen Franz Stupel auf den Kopf. Er erlitt einen Bruch der Schädeldecke, so daß sein Gehirn bloßgelegt wurde. Der Bedauernswerte wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus geschafft, starb aber noch auf dem Transporte.

**Eine Rede Masaryks.** Wie „Telek“ meldet, wird Präsident Masaryk am 28. Oktober in einer Festsetzung des Parlamentes, die in der Burg stattfindet, eine programmatische Rede halten.

**Internationales Meister-Schachturnier in Wien.** Zur Teilnahme am internationalen Meisterturnier in Wien haben sich bisher bereit erklärt: Aljechin, Bogoljubow (Rußland), Rubinstein (Polen), Spielmann, Dr. Tarraich, Leichmann, Samisch (Deutschland), Marozzi, Réti (Ungarn), Wolf (Tschechoslowakei), Dr. Tartakower (Ukraine) und Grünfeld (Wien). Von Dr. Lasker, Capablanca, Dr. Vidmar und Duras erwartet das Komitee noch endgültige Antworten. Auf Grund des Sachlages des Meistertournees werden von den jungen Wiener Meistern nach Maßgabe der verfügbaren Plätze als Teilnehmer zum internationalen Meistertournee zugelassen: Albert Becker, Emmerich König, Wladimir Nikowitsch, Hans Amos, Alexander Tabacs, Felix Fischer und Eugen Szekely. Die vier Letzgenannten haben ein Vortournoi ausgetragen, das ab Mittwoch den 25. Oktober im Wiener Schachklub gespielt wird. Zum internationalen Hauptturnier haben sich bisher nahezu 20 Wiener und auswärtige Hauptturnierpieler angemeldet. Der Schachkongress beginnt am 12. November im Restonik das Hauptturnier, das Damentournoi und die Rebutourniere beginnen am 13. November.

**Der Hunger im Süden Rußlands.** Nachrichten vom 8. Oktober berichten von der Vergrößerung der Hungersnot im Gouvernement von Jekaterinoslaw und im Donbassin. Nach diesen Berichten bedürfen 90.000 Hungernde im Kreise Nikolaj der sofortigen Hilfe. Im Kreise Pawsow gibt es 20.000 Hungernde, im Kreise Jekaterinoslaw 20.000. Das Gouvernement von Donez steht vor einer neuen Hungersnot. Im Ganzen werden 300.000 Hungernde gezählt, die sehr stark leiden und der sofortigen Hilfe bedürfen. In den Kreisen von Mariupol, Jusowka und Taganrog hungern 40 Prozent der Bevölkerung. Die örtlichen Organisationen können nur zwölf Prozent der Hilfsbedürftigen befriedigen. Sogleichige Hilfe von außerhalb ist daher dringend nötig.

**Der Verkehr in den Prager Restaurants am 28. Oktober.** Der Verband der Hoteliers teilt mit, daß er trotz der Wünsche der Auslands Gäste, am 28. Oktober die Lokalisationen schon um 10 Uhr zu öffnen, beschloßen habe, seine Räumlichkeiten erst in den Mittagsstunden zu öffnen.

**Ein Betrüger.** Bei einer Revision der Geschäftsbücher der Filiale der „Deutschen Viehverkehrs-Gesellschaft für Böhmen“ in Eger wurde festgestellt, daß der dortige Geschäftsführer Rudolf Sippert 192.000 K. veruntreut hatte. Sippert wurde verhaftet und dem Gerichte eingeliefert.

## Ebert definitiver Reichspräsident.

Mit 314 zu 76 Stimmen gewählt.

Berlin, 24. Oktober (Wolff). Im Reichstag wurde heute in namentlicher Abstimmung der Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert bis zum 30. Juni 1925 mit 314 gegen 76 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Präsident Ebert stellte fest, daß die Annahme des Antrages mit der für die Verfassungsänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit erfolgt sei und daß das bisherige Provisorium nunmehr beendet sei.

Die Getreidevorlage in namentlicher Abstimmung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit 236 gegen 100 Stimmen angenommen.

# Kleine Chronik.

## Das Hakenkreuz.

Seit kurzem ist das „Hakenkreuz“ das Abzeichen der deutschnationalen, antisemitisch monarchistischen Rechtsparteien. Es ist nicht ohne Interesse, der Geschichte dieses deutschen Symbols näher nachzuforschen. Wir folgen dabei im Nachstehenden einer Darstellung, die L u s c h a n, der bekannte Ethnograph, von diesem Zeichen gibt.

Die Wahl des Symbols geht auf die Annahme zurück, man hätte in Indien ein hakenkreuzförmiges Gerät zur Gewinnung des heiligen Feuers benutzt. Der unschuldige Mitter ist das vermutliche Schliemann gewesen. In Paris lernte Schliemann einen üblen Orientalisten kennen, Emile Burnouf, der 1821 geboren, vor etwa einem halben Jahrhundert eine gewisse Rolle spielte; er war ein Neffe von Jean Louis Burnouf, der als bester Kenner von Tacitus und Plinius mit Recht hochgeehrt war, und ein Vetter von Eugen Burnouf, der vor etwa 70 Jahren in Paris als Autorität für den indischen Buddhismus galt, sich auch um die Herausgabe des Bendisabade verdient gemacht hatte und als Lehrer von W. Müller in dankbarer Erinnerung gehalten zu werden verdient. An diesen üblen Dilettanten Burnouf kam nun Schliemann mit der Frage, was das Hakenkreuz zu bedeuten habe, das sich zu vielen Hunderten auf seinen trojanischen Spinnmörtern finde. E. Burnouf erklärte dem harmlosen Schliemann, die alten Ägypter hätten ein hakenkreuzförmiges Gestell als weiblichen Bestandteil des Bohrers gehabt, mit dem sie das heilige Feuer entzündeten.

Der gute Schliemann ließ sich verleiten, diesen Gedanken in sein Buch „Ilios“ aufzunehmen, und dabei einen langen Passus aus E. Burnoufs Buch „La science des religions“ abzubilden: Das Hakenkreuz stelle die beiden Stiele Holz dar, die man zur Erzeugung des heiligen Feuers vor den Opferaltären kreuzweise übereinanderlegte und deren Enden rechtwinklig herumgebogen und mit vier Nägeln befestigt wurden, so daß man dieses hölzerne Gestell nicht verrücken konnte. An der Stelle, wo die beiden Holzstücke verbunden wurden, war ein kleines Loch, in welchem ein drittes, speerförmiges Stück Holz „pramantha“, mittels eines Strides aus Kuhhaaren und Hanf so lange in Rotation verkehrt wurde, bis sich durch Reibung das Feuer entzündete; dann brachte man dasselbe auf den daneben stehenden Altar, wo der Priester das heilige s o m a, den Saft des Lebensbaumes, darüber goß und es mit reiner Butter, Holz und Stroh zur großen Flamme ansetzte. Inwieweit das Wort „pramantha“ für den Feuerbohrer wirklich mit Prometheus zusammenhängt, braucht hier nicht untersucht zu werden. Aber es ist selbstverständlich, daß die Indier, wie alle anderen primitiven Völker der ganzen Erde, in gleicher Weise den Feuerbohrer gekannt haben, der meist aus zwei einfachen Stäbchen bestand, von denen das eine flach auf dem Boden lag und mit den Füßen festgehalten wurde, während das andere, senkrecht darauf, irgendwie, meistens mit den Händen, in rasche Rotation verkehrt wurde.

Ueber eine besondere Ausstattung des Feuerbohrers im alten Indien wissen wir absolut nichts und alle bezüglichen Angaben gehen auf die Phantasie von E. Burnouf zurück. Vor vielleicht zehn Jahren hat dann in Leipzig ein ebenso betriebsamer wie geschäftstüchtiger Geschäftsmann Liebe- und Verschlußmarken in den Handel gebracht mit einem großen Hakenkreuz und der sinnigen Aufschrift „Arierblut — höchstes Gut“. Während des Krieges schien dann der ganze Unfug einige Zeit vergessen, bis er wieder neu aufblühte und eben jetzt die abenteuerehligsten Blüten treibt.

Die wahre Herkunft des Hakenkreuzes ist bis heute nicht sicher bekannt. Vermutlich ist es in verschiedenen Verarbeitungsstadien unabhängig und auf ganz verschiedene Art entstanden. Im vorgeschichtlichen Europa ist es sehr selten, in Australien und Ozeanien fehlt es ganz; recht selten ist es auch in

Afrika, wo es nur von den Bewohnern der Ashanti oder als ein hier und da auftauchendes Ornament bekannt ist. Auch in Amerika scheint es ursprünglich auf einige Stämme am Colorado und auf mehrere Pueblo-Dörfer beschränkt. Viel häufiger ist es im Bereich der Mittelmeerkulturen; weitaus am verbreitetsten ist es in Ostasien. In China ist es zahlreich für 10.000 und auch Glückssymbol; in Japan ist es in mannigfachen Varianten, rechts- und linksläufig, in einem Kreis eingeschrieben, auch zum heraldischen Emblem mehrerer alter Kriegerfamilien geworden und erscheint auch in China und in Südostasiatischen Ländern an Kultgegenständen aller Art.

## Ein verschollenes Unterseeboot.

**Cherbourg, 23. Oktober.** (S.) Torpedoboote sind auf der Suche nach dem Unterseeboot „Roland Morillot“ abgegangen, welches nach dem Driem unterwegs war, und von dem man keinerlei Nachrichten besitzt. — In Marinestellen begibt man keine Besorgnisse, man glaubt nur, daß das Boot bei dem letzten Sturm havariert wurde. „Roland Morillot“ ist ein früheres deutsches Unterseeboot, welches im Jahre 1916 in den Torpedoschuppen im Hafen von Le Havre gelapert wurde.

**Zehntausend Erdbeben jährlich.** Grundlegende Forschungen über die geographische Verbreitung, Häufigkeit und Stärke der Erdbeben sind von A. Sieberg in den Veröffentlichungen der Hauptstation für Erdbebenforschung in Yena niedergelegt, über die in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ berichtet wird. Als Grundlage der Untersuchungen dienten 25.000 kleinere Beben und 496 Großbeben. Auf Grund heutiger Beobachtungsmittel lassen sich alljährlich durchschnittlich mindestens 8000—10.000 Beben nachweisen. Die Erde wird also dauernd erschüttert; alle 12 Tage ereignet sich ein Weltbeben auf dem Festland und alle 28 Tage eins auf dem Meeresgrunde. Die Teile der Erde, die am meisten von Erderschütterungen heimgesucht werden, sind die Randzonen des Stillen Ozeans. Der Ursprung der meisten und gewaltigsten Welt- und Großbeben sind die Tonga-, Kermadec-, Neutengraben. Unter den Festländern wird Asien am stärksten von Erdbeben erschüttert, dann Südamerika mit den Hochgebirgen des Westens und Nordens. In Mittel- und Nordamerika kommen etwa ebensoviel Beben vor wie im Indischen Ozean. Viel weniger von Erschütterungen heimgesucht ist der Atlantische Ozean, und noch geringer ist das Auftreten der Erdbeben in Europa und Afrika, während Australien die allerwenigsten Beben aufweist. Die beberrichtesten Landgebiete überhaupt sind die nord- und mittelschleischen Cordilleren, die über 1000 Beben im Jahr haben, dann die japanischen Inseln mit 400 und die ostafrikanischen Gräben mit 300 Beben.

## Kunst und Wissen.

**Neues Theater.** Heute, den 25.: „Die lustigen Weiber von Windsor“; Donnerstag, den 26.: „Aida“; Freitag, den 27.: „Wauwau“; Samstag, den 28.: nachmittags „Bajadere“, abends „Salome“; halb 10 Uhr nachts: Uraufführung „Entlassung“; Sonntag, den 29.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzeihen?“, abends „Offenbach“.

**Kleine Bühne.** Heute, den 25.: „Wertvolk“; Donnerstag, den 26.: „Rantragola“; Samstag, den 28.: nachmittags „Liebesel“ (in Anwesenheit der Dichterin), abends „Wauwau“; Sonntag, den 29.: „Entlassung“.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

**Konsumverein oder Kaufmann?** Aus Anlaß der ganzjährigen Mitgliederversammlungen des Konsumvereines „Vorwärts“ in Altröhlau wurden unter der Kontrolle der Vertrauensmänner in allen Orten, in denen der Konsumverein Verkaufsstellen besitzt, Probe-Einkäufe bei den verschiedenen Kaufleuten, insbesondere bei denen, die als besonders leistungsfähig gelten, vorgenommen. Die Resultate wurden bereits in den einzelnen Mitgliederversammlungen bekanntgegeben; das gesamte Resultat wurde der Generalversammlung, die Sonntag, den 15. Oktober, stattfand, vorgelegt. Eingekauft wurde bei 93 verschiedenen Kaufleuten, und zwar Lebensmittel, wie: Mehl, Zucker, Fett, Margarinebutter, Cerealfett, Reis, Grieß, Graupen, Erbsen, Seife und Soda. Der Preisunterschied ist ein sehr großer. Der Gesamtbeitrag der bei den Kaufleuten gekauften Waren beträgt K 9300.—; dasselbe Quantum Ware, im Konsumverein gekauft, kostet nur K 8283.50; es ist also ein Unterschied bei diesen 93 Einkäufen um K 1016.50 oder 12.3 Prozent. Die Resultate der gekauften Waren liegen in jeder Verkaufsstelle im Original auf und es können sich alle Mitglieder von der Richtigkeit der Angaben überzeugen. Wenn es bei diesen großen Preisunterschieden noch immer Mitglieder gibt, die behaupten, daß im Konsumverein die Waren teurer als bei den Kaufleuten sind, so muß man an dem geordneten Sinn solcher Mitglieder Zweifel hegen.

**Wprozentiger Lohnabbau in Reichenberg durch die ungläubige Gewerkschaftsleitung der Kommunisten.** Die bereits mitgeteilt worden, haben bei den ersten Verhandlungen in Reichenberg die Kommunisten verlangt, daß sie von den Lohnverhandlungen ausgeschlossen werden, weil sie prinzipiell keinen Lohnabbau zulassen wollten. Später allerdings bemühten sich die kommunistischen Sekretäre, neue Verhandlungen anzubahnen, um einen Lohnertrag auszugleichen. Nach zweimaligen Verhandlungen konnte kein anderes Resultat erzielt werden, sondern die Kommunisten mußten das Diktat der Arbeitgeber, 23 Prozent Lohnabbau, einfach schlucken. In den ersten Tagen des Lohnkampfes, als das Diktat der Arbeitgeber bekannt wurde, schrieb der „Vorwärts“: jetzt heißt es k ä m p f e n, k ä m p f e n und wieder k ä m p f e n, um den Lohnabbau abzuwehren. Weshalb sich nun die Kommunisten bemühen, der Arbeiterschaft den Wprozentigen Lohnabbau schmackhaft zu machen, und einen Streik abzulehnen, wird durch den Abschluß des Klingner-Streikes angeklärt. Sie haben an der einen Blamage genug. Sie müssen nämlich die Klingner-Arbeiter, ohne daß Anlaß auf Betriebsaufnahme vorhanden wäre, auf der Strecke liegen lassen, es sei kein Geld mehr vorhanden, um weiter zu streiken. Die restlichen Mittel sollen für diejenigen aufbewahrt werden, welche eventuell bei einer Betriebsaufnahme nicht mehr aufgenommen werden sollten. Tatsache ist aber, daß bei diesem Niederbruch des Streikes die Klingner-Arbeiter alle auf der Strecke geblieben sind und daß man ihnen kurzerhand die Streikunterstützung einstellt. Sie erhalten keine Streikunterstützung und keine staatliche Arbeitslosenunterstützung und haben keine Arbeit, denn der Betrieb steht und dem brutalen Klingner fällt es nicht ein, die Arbeit zu beginnen. Die Kommunisten konnten also in Reichenberg einen Streik nicht wagen, weil sie nicht einmal die Mittel zu einer einwöchentlichen Auszahlung gehabt hätten. Die Kommunisten sind nicht einmal imstande, die widerrechtlich zurückgehaltene Unterstützung an die tschechischen Genossen von 15.000 K abzuführen, welche bis 21. d. M. zurückgezahlt werden sollte. Die Arbeiterschaft des Reichenberger Gebietes ersieht daraus, daß die Spaltung sie in den Abgrund und in die Not gestürzt hat. Den Kommunisten haben sie es zu

verdanken, daß durch den Vertragsabschluß Tausende von Lohnknechten für sie verloren gehen und daß die Arbeitgeber den Lohnabbau einfach diktieren können. Die Bankrotterklärung der kommunistischen Textilarbeiter-Organisation ist der revolutionäre Erfolg der Volkswirtschaft in Reichenberg. Möge die Arbeiterschaft in anderen Gebieten aus diesem Beispiel die entsprechende Lehre ziehen.

**Tschechoslowakische Konsularvertretungen im Auslande über die Wirtschaftskrise.** Die Druckschrift der Handelskammern über die Wirtschaftskrise, von der bereits die Rede war, enthält auch eine Reihe von Konsularberichten über die durch die Steigerung der Krone hervorgerufene Hemmung des Exports. Wir entnehmen daraus die folgenden: Das Konsulat der Tschechoslowakischen Republik in Bar na teilt am 5. September mit Zahl 1919 u. a. mit: „Der Aufschwung der tschechoslowakischen Krone hat bereits eine vollständige Interesselosigkeit für tschechoslowakische Waren hervorgerufen, die zu einem Gegenstand von imaginärem Charakter werden. Die Bulgaren sagen: „Es hat keinen Sinn, Ihre Krone in Erwägung zu ziehen“. Satt der Julikurs der tschechoslowakischen Krone eine völlige Zurückhaltung beim Kaufe tschechoslowakischer Waren zur Folge, so wurden die hitzigen Händler durch die rapiden Sprünge des Kronenkurses im August (100 K notierten z. B. am 24. August 580 Lei, am 25. August bereits 640 Lei) völlig tonsterniert, hauptsächlich deshalb, weil bisher eine Reihe von Aufträgen tschechoslowakischer Waren nicht ausgeführt ist, die bei einem Kurse von 250, 300 und 325 abgeschlossen wurden; in dieser Situation scheint es keinen Ausweg zu geben. Die Sachlage wird von anderen Staaten, wie Italien und England, zur Verdrängung der tschechoslowakischen Waren, namentlich der Manufakturwaren, vom hiesigen Markt ausgenutzt.“ — Das Konsulat der Tschechoslowakischen Republik in Sarajevo berichtet unter dem 1. September 1922, Zahl 4414, in seinem Situationsbericht für August l. J. u. a.: „Die Einfuhr aus der Tschechoslowakei ist infolge des hohen Standes der tschechoslowakischen Krone minimal. In der Glasindustrie ist eine völlige Stagnation eingetreten; die erteilten größeren Bestellungen wurden wegen des politischen Aufstieges der tschechoslowakischen Krone annulliert. In der Papierindustrie geht die Einfuhr zurück und die deutschen und österreichischen Erzeugnisse drängen vor. In der Textilindustrie herrscht eine fast völlige Stagnation der Einfuhr tschechoslowakischer Waren infolge der großen Valutadifferenz und die italienischen Waren sind trotz ihrer schlechten Qualität vorgezogen.“ — Das Konsulat in Riga schreibt unterm 1. August, Zahl 145, bereits über die Situation im Juli: „Für unseren Staat begann sich auf dem hiesigen Markt eine gute Perspektive zu eröffnen, doch nach der rapiden Aufstiege der Krone Abschlüsse unmöglich. Die Steigerung der Krone bewirkte große Verluste gerade jenen lettischen Firmen, die die eigentlichen Pioniere der Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei waren. Die tschechoslowakische Krone wurde mit annähernd 5 lettischen Rubeln berechnet und zu diesem Preise wurde auch die Ware weiterverkauft, während heuer der Händler für die Krone mehr als 6 lettische Rubel zahlen soll.“ — Das Konsulat in Araka berichtet in seinem Augustbericht vom 13. September l. J., Zahl 8451, über die Aktion der polnischen Kaufleute, daß die tschechoslowakischen Gläubiger unter dem Druck der Regierung 60 Prozent von ihren alten Forderungen ablösen. Das Generalkonsulat in Wien erwähnt in seinem Bericht vom 4. September l. J., Zahl 93.984, den Rückgang der Rohstoffeinfuhr und der Erzeugnisse der Maschinindustrie infolge des hohen Kronenkurses usw. Hierbei haben die meisten Vertretungsbehörden noch keine Berichte für August eingeschickt.

## Verbreitet die Arbeiterpresse.

Copyright 1922 by Der Rath Verlag, Berlin-Solmitz.

## Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (2)  
Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

„Hören Sie, mein Freund, Sie können zweifellos unbehindert durchkommen, ich aber würde bestimmt den Bohn der Leute erregen, und ich habe keine Lust, wegen nichts und wieder nichts verprügelt zu werden. Außerdem sah ich den Film bereits einige Male und kann daher auch so mit Ihnen darüber reden.“

„Ich muß mich schämen.“ rief ich, „für mich selbst und für mein Land.“

„Nein, nein. Dies war zu erwarten, daran dachte ich, als ich davon sprach, der Chirurg könne sich angeekelt haben. Wir deutschen Intellektuellen wissen, was der Krieg bedeutet, sind an derartige Dinge gewöhnt.“ Er streckte mir die Hand hin. „Leben Sie wohl.“

„Ich komme mit Ihnen.“ rief ich, doch widerstand er, dies wäre ihm peinlich, ich möge nur den Film ansehen, es würde ihn interessieren, meine Ansicht darüber zu hören. Er wandte sich hastig ab, schritt fort, während ich zögernd und ärgerlich zurückblieb.

Schließlich strebte ich dem Eingang des Kinos zu. Einer der Uniformierten verstopfte mir den Weg. „Hier wird nicht hineingegangen!“

„Weshalb nicht?“

„Es ist eine deutsche Aufführung; wir gestatten es nicht.“

„Hören Sie, Soldat.“ sagte ich unfreundlich, „ich trage meine Uniform nicht, habe aber darauf ebenbürtig ein Recht wie Sie. Ich war in den Argonnen.“

„Weshalb wollen Sie sich dann die Hummerpropaganda anschauen?“

„Vielleicht interessiert sie mich.“

„Sie können nicht hinein; wir sind hergekommen, um die Vorstellung zu verhindern.“

Während er redete, trat ich etwas seitwärts; nun packte er mich beim Arm. Ich fand, er habe genug geschwatzt, riß meinen Arm los. „Halt!“ schrie er und versuchte mich auszuhalten. Ich aber lief durch die Menge zum Bilettschalter. In der Vorhalle befanden sich über hundert Zivilisten, und der Soldat gab es bloß dreißig oder vierzig. Den Glücklichen, zu denen auch ich gehörte, gelang es, sich den Eingang zu erkämpfen. Ich kaufte mein Bilet, betrat das Kino, fragte den Türsteher: „Wer hat diese Geschichte angezettelt?“

„Ich weiß es nicht. Wir konnten darüber noch nichts erfahren.“

„Ist die Aufführung wirklich eine deutsche Propagandasache?“

„Keineswegs. Aber es heißt, man wolle uns verbieten, deutsche Filme anzuführen, weil diese viel billiger sind. Man glaubt, sie würden die amerikanischen Filme verdrängen und das sei unläuterer Wettbewerb.“

„Ach so!“ rief ich und begann zu lächeln. Ich erkannte mich Dr. Henners Ausspruch, mit wenig Mäßigkeit diese Ideen am Leben zu erhalten; wahrlich, die amerikanische Filmindustrie hat allen Grund, eine derartige Konkurrenz zu fürchten. Ich dachte an den alten T. S., wie er von den Filmleuten genannt wird — den König der Kinowelt — dachte an die Fettwurst, die über seinen Krügen herabhing, an seine drei Extraboppellinien. Und auch an Mary Moona, die Millionen-Dollarkönigin des Films, die für sich fönerliche Übungen und besondere Diäten erfindet, sich täglich mit Angst und Rittern wiegen läßt, ob sie nicht zugenommen habe.

3.

Ich glättete meinen Rock, setzte mich und gehörte zu den zwei Dutzend Zuschauern, vor denen in Western City die Premiere des Dr. Caligari stattfand. Im Film kommt eine Anzahl Morde vor, die ein junger Mann auszubeden versucht; schließlich führen alle Spuren zu einem alten Arzt und Zauberer. Am Schluß des Dramas stellt sich heraus, daß dieser Doktor der Leiter einer Irrenanstalt und der junge Mann einer der Irrenaffen sei, so daß schließlich alle Abenteuer bloß auf den Phantasien eines Wahnsinnigen beruhen. Die Dekorationen, das ganze Spiel waren futuristisch, unheimlich und äußerst wirkungsvoll. Ich sah das ganze im Licht von Dr. Henners Auslegung, als das Zeugnis einer alten, vielleicht überreifen Kultur. Sicherlich hätte in Amerika kein solcher Film hergestellt werden können. Aber wenn ich die Wahl hätte zwischen ihm und den sexuellen Spielereien von Mary Moona — ich weiß nicht recht. Jedemfalls hatte mich der Dr. Caligari die ganze Zeit über interessiert, und Mary Moona interessierte mich nur, wenn ich sie nicht zu der Perle wandelte. Jedes Jahr muß ich die Wahl treffen, ob ich sie tödlich beleidigen oder mich langweilen soll, während sie in ihren Glanzrollen auftritt.

Ich las viele Romane und sah manche Stücke, in denen der Held zum Schluß erwacht, und wir erfahren, daß wir bloß seinen Traum gesehen haben. Ich erinnere mich an den „Sommertraum“ und an den „Nachtstraum“ von Shakespeare. Ein alter, alter Kunsttrick, und doch immer wirkungsvoll. Hier aber hatte ich zum erstenmal den Traum eines Wahnsinnigen miterlebt. Ja, die Aufführung war interessant, dies konnte nicht geleugnet werden, schauderregend, lebendig und wunderbar gespielt. Wie hätte Poe sie gemessen!

Mit solchen Gedanken beschäftigt, strebte ich dem Ausgang des Kinos zu, stieß die Tür auf — und an mein Ohr drang ein Geräusch, das sehr gut aus der Irrenanstalt des Dr. Caligari hätte kommen können. „Jah, Jah, Du, Du, Deutsche Propaganda! Geh nur euer Geld den Hummel! Schäm! Euch! Ihr laßt eure eigenen Landleute verhungern und gebt das Geld den Feinden!“

Ich blieb stehen, stüßerte leise. „Mein Gott!“ Während einer Stunde oder länger, da ich auf den Flügeln der Phantasie dahingeweht, hatten diese armen Narren vor dem Kino gelobt und gelärmt, die Zuschauer vom Betreten des Kinos abgehalten, sich selbst in Kaffeelei versetzt. Einen Augenblick dachte ich daran, zu ihnen zu sprechen, ihnen mitzutellen, sie befänden sich im Irrenum, das Stück enthalte nichts über den Krieg, nichts gegen Amerika. Doch sah ich ein, daß sie allen Vernunftgründen unzugänglich waren. Es blieb nichts anderes übrig, als meiner Wege zu gehen und sie weiter töben zu lassen.

Aber ich sollte gleich erfahren, daß dies gar nicht so einfach sei. Vor dem Eingang stand der große Bursche, der mich am Arm festgehalten hatte, und ich sah, daß er mich bemerkt habe. Er wies mit dem Finger auf mich, tütete wie ein Rebellhorn: „Das ist ein Verräter! Sagt, er sei an der Front gewesen, und nun unterstützt er die Hunnen!“

Ich versuchte ihm auszuweichen, doch packte er mich beim Arm, und andere drängten hinzu, brüllten mir in die Ohren, stießen und pufften, da ich weitergehen wollte. „Ich schloß dir den Schadel ein, verdammt Hummel!“ Unentwegt tönten derartige Beschimpfungen an mein Ohr; und dabei bin ich doch an der Front gewesen!

(Fortsetzung folgt.)

Eine neue Erwerbung von Stinnes. Den Blättern zufolge hat Dugo Stinnes etwas mehr als ein Drittel des zur Zeit 110 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Berliner Handels-

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Zurich, Berlin, and Wien.

Prager Kurse.

Table with prices for various goods like gold, silver, and currencies.

Züricher Schlußkurse.

Table with closing prices for Zurich, Berlin, Wien, and other locations.

Aus der Partei.

Konferenz der Lokalbildungsreferenten Oberleutensdorf. Sonntag, den 22. Oktober tagte in Oberleutensdorf eine Konferenz der Lokalbildungsreferenten.

Jugendbewegung.

Die Kreis-Konferenz des Kreises Trautenau fand am 22. Oktober in Anwesenheit von 50 Vertretern der Gruppen in Braunau statt.

Turnen und Sport.

Es brandelt.

Im Deutschen Fußball-Verband brandelt's. Aber nicht erst jetzt, sondern schon immer. Es kommt nur jetzt erst wieder einmal zum Bewußtsein, da der Entscheidungskampf D. F. V. gegen C. S. F. vor der Tür steht.

Es ist nur zu bedauern, daß sich noch so viele Arbeiter vom bürgerlichen Sport festhalten lassen, nachdem unsere wiederholt gebrachte Meinung über den bürgerlichen Sport wieder eine so glänzende Bestätigung erfahren hat.

OSRAM LAMPEN advertisement featuring images of light bulbs and the slogan 'kauft und braucht die ganze Welt'.

Amerikanische Dauerbrand-Oefen advertisement with an image of a stove and text 'Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!'.

Arbeiter-Taschentaler oder ein Arbeiter-Jahrbuch 1923 advertisement with pricing and contact information.

sondern auch den Unterschied zwischen Arbeiter- und bürgerlichen Sport erkennen lernen.

Der neue Segelflug-Weltrekord. Ueber den Rekordflug des französischen Fliegers Maneyrol, der in Jiford Hill den Rekord des Engländers Reynham und des Deutschen Henken geschlagen hat, indem er drei Stunden 22 Minuten in der Luft blieb, berichten die Pariser Blätter.

Der Nacht flattert, ruft eine menschliche Stimme: „Ich komme.“ Wenige Sekunden später hat Maneyrol den Boden erreicht und wird als Triumphtor begrüßt.

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen. Besucht Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, 11. Bezirk.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschy und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.

Advertisement for 'Meine Kluge Sparsame Frau' tea, featuring an image of a woman and a teapot.

PALMA Kautschuk Absatz und Sohle advertisement with an image of a shoe sole and the slogan 'Unerreicht an Passform und Haltbarkeit.'

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKA UL. 7. advertisement with a list of goods and prices.

Waldes Koh-i-noor DRUCKKNÖPFE advertisement with an image of a woman's face and a list of products.

'CITY' RAGLAN advertisement featuring an image of a woman in a coat and the text 'in Taille geschnitten, mit Samtkragen von KC 550.-'.